DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

SIE GIBT DEM GRUNDGESETZ EIN GESICHT: Marianne Grimmenstein erhält den Preis der Republik Seite 2

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 140, Samstag, 15. Juli 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Roger Waters mit Prof. Giorgio Agamben

AM 5. AUGUST ZUR GROSSDEMO UND ZUR DW-AKADEMIE NACH BERLIN!

Mehr auf Seite 13



Im März 2020 verabschiedete sich unsere Regierung mit der Ausrufung des Notstandes von unserer Verfassung, dem Grundgesetz. Wie mittlerweile unzählige Gerichtsurteile und Expertengutachten belegen, waren die sogenannten Maßnahmen zur Einschränkung der Coronapandemie brutal und verfassungswidrig.

Am 28. März 2020 fand auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin die erste Demonstration gegen dieses verfassungsbrüchige Notstandsregime statt – der Beginn der Demokratiebewegung, die im Sommer 2020 Millionendemonstrationen abhielt, sich im Winter 2021/2022 in zehntausenden Montagsspaziergängen gegen die geplante Impfpflicht manifestierte und auch seit der ausgerufenen »Zeitenwende« für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung eintritt.

Organisatoren der ersten Demonstrationen und die Initiatoren der dezentralen Demokratiebewegung waren wir, der Demokratische Widerstand und der zugehörige Verein: Die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand. Auf der Internetseite nichtohneuns.de konnten sich ab März 2020 Menschen deutschlandweit unter ihrer Postleitzahl als Ansprechpartner eintragen lassen, um sich zu verabreden und Demonstrationen zu organisieren. So entstand das dezentrale Netzwerk der deutschen Demokraten.

Von Beginn an treten wir Demokraten für Rechtsstaat, Gewaltenteilung und die unverrückbaren Menschenrechte in unserer Verfassung ein. Unsere Verfassung war bei unseren Versammlungen immer mit dabei. Unsere Verfassung steht über der Regierung. Wir drucken sie seit Ausgabe 1 auf der letzten Seite dieser Zeitung ab. – Sollte »im besten Deutschland, das wir je hatten« (Frank-Walter Steinmeier) möglich sein, möchte man meinen.

Aber nein: Regierung, Konzerne und Staatsapparat sehen das anders. Diese Zeitung und ihr Tägerverein werden nun offiziell vom Geheimdienst überwacht. Der Grund hierfür ist einfach: Wir sollen als ganz böse Buben und wahnhafte Extremisten dargestellt werden, um von unseren Inhalten abzulenken. Denn wir hatten auf ganzer Linie recht.

Weiterlesen Seite 7

INHALT #DW140

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 140. Ausgabe ab Samstag, 15. Juli 2023. | Redaktionsschluss war am 13. Juni. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab, Prof. Michael Meyen. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Roger Waters, Prof. Giorgio Agamben. Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64



Demokratie gegen die Konzerne

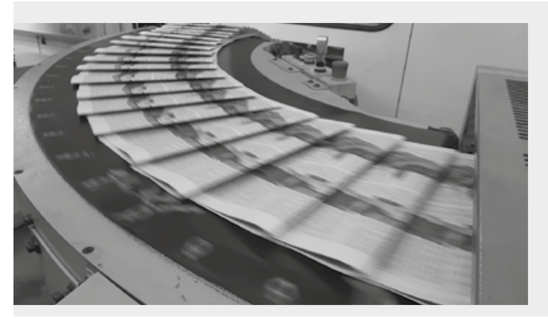
Der Preis der Republik geht an Marianne Grimmstein.
LAUDATIO von Hendrik Sodenkamp

Mit Chlorhühnchen sollten wir vollgestopft werden. US-Konzern-Schiedsgerichte wollten über unser Leben entscheiden können. Doch eine Frau stellte sich den TTIP-Fantasien der Regierungen in den Weg – und mit ihr Millionen. Sie und wir alle gewannen. Und das ist noch lange nicht der einzige Erfolg von Marianne Grimmenstein.

Sie legte 2016 gegen das sogenannte Freihandelsabkommen TTIP Klage vor dem Bundesverfassungsgericht ein. Auch gegen die Coronamaßnahmen zog sie vor das einstmal ehrwürdige höchste Gericht der Bundesrepublik. Doch mit Juristen vom Schlage Stephan Harbarths verblasste die Hoffnung auf rechtsstaatliche Verfahren und Urteile. Mit einem Federstrich wurden Grimmensteins ausführlich dargelegten Menschenrechtsbedenken weggewischt. Nun klagt sie mit dem ehemaligen Präsidenten des Landeskriminalamts von Thüringen, Uwe Kranz, gegen die Machtübergabe an die bestochene Weltgesundheitsorganisation (WHO). Vorübergehende Niederlagen halten eine Kämpferin für Demokratie ihres Schlages nicht auf. Geboren 1946 in Budapest als Kind einer ansässigen Revolutionärsfamilie zog sie nach Deutschland und arbeitet als Flötenlehrerin. »Seit der Wiedervereinigung Deutschlands habe ich gemerkt, dass hier etwas gehörig schiefläuft. Die Demokratie wird seitdem sukzessive abgebaut«, stellte sie im *DW*-Interview nüchtern fest. Seitdem ist sie im Widerstand.

Das Ziel: Die Einführung von Volksentscheiden über alle grundlegenden Fragen. Denn man muss feststellen, das gerade hier, wo es um so viel geht, systematisch gegen den erklärten Willen der Menschen gearbeitet wird. Der Weg zu einer Politik, die am Gemeinwohl orientiert ist, wie Grimmenstein sie vorzeichnet, ist wohl nicht mehr so lang, wie es uns unsere Herrscher weismachen wollen. Und dafür hat erwiesenermaßen Marianne Grimmenstein gesorgt. Für ihren unermüdlichen, jahrelangen und stets humorvollen Einsatz für Menschenrechte und Demokratie gebührt ihr Dank, Anerkennung und der Preis der Republik.

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN MARIANNE GRIMMSTEIN DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.
Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff.



Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Talk, Talk, Talk ...

EINWURF von Werner Köhne

Vor kurzem wurde in den *ZDF*-Tagesthemen diese »Information« gestreut: Von den 63 Millionen Corona-Geimpften konnte man nur in 300 Fällen krankhafte Nebenwirkungen nachweisen. Aus der unsäglichen Ansage der Nachrichtensprecherin war eine spürbare Genugtuung herauszuhören über diese Verdrehung von Wahrheit.

Der huldigt man auch bei Lanz und zwar in dieser Performance: Vier Gäste treten gegen ein nicht eingeladenes Phantom namens »Rechter« oder »Nazi« an. Ein anderes Mal verbünden sich drei Personen gegen eine anwesende vierte.

Das Ganze nennt sich *Talk-Show* – und stellt den Versuch dar, das, was man früher einmal Gespräch genannt hat, umzuwandeln in eine Vernichtungsstrategie. Entsprechend stellt sich dann für Strategen die Frage: Wie bringt man derlei inhumanes Anliegen für den Zuschauer »rüber«? Wie schafft man es, ihn entsprechend »mitzunehmen«?

Das Dilemma solch einer simulierten Gesprächskultur: Fakten, Wahrheit, Wahrhaftigkeit und das Niedermachen von unliebsamen Kritikern werden zu einem toxischen Gebräu verrührt. Dass wir zu wenig miteinander kommunizieren, uns in Parallelwelten zurückziehen – das ist das eine. Das andere aber gilt inzwischen ebenso: Wir kommunizieren uns zu Tode.

Beides könnte zutreffen. Es ist seit drei Jahren trotz medialer Flutung nie zu einem Gespräch oder Diskurs gekommen. Alle Versuche dazu wurden von den coronierten Wahngängern abgewiesen. Es ging und geht längst um etwas anderes. Damals glaubten viele noch an die Kraft des Arguments, an die dritte und vierte Gewalt, an die Ernsthaftigkeit einer inzwischen blindwütig sich vermarktenden Wissenschaft.

Dabei wurde bald klar: Dies war schon damals nicht die Stunde der Diskurse. Nein, es war die Stunde Franz Kafkas und seiner realen Visionen. Wir erlebten – wie in Kafkas Roman *»Der Process«* – das Paradoxon einer Macht, die via Maßregelsprache auf abstrakte Distanz zum Menschen ging, aber sich zugleich in aggressivster Weise auf den fragilen menschlichen Körper richtete.

Der Virus fungierte dabei nur als Auslöser für ein fortlaufendes Programm der Entwertung des Menschen.



SPRITZEN ALS SCHUSSWAFFEN

Bei den Corona-Spritzen gibt es nichts zu sehen. Bitte gehen Sie weiter. | Von Hendrik Sodenkamp

Die bekannt werdenden Versuche von Regierungen, Behörden und Konzernen zur Vertuschung der massiven Impfschäden nehmen immer groteskere Formen an.

Die Regierung von Peru rief am 10. Juli 2023 einen dreimonatigen Gesundheitsnotstand aus. Grund hierfür sei laut eines Regierungssprechers eine »ungewöhnliche Zunahme von Fällen des sogenannten Guillian-Barré-Syndroms«. Der Notstand wurde laut peruanischen Gesundheitsminister César Vásquez ausgerufen, damit ausreichend Medikamente zur Behandlung des Syndroms für Krankenhäuser bereitgestellt würden. Seit Januar 2023 seien in dem Anden-Land mit rund 33 Millionen Einwohnern 182 Fälle der sonst sehr seltenen Krankheit erfasst worden.

Bereits 2019 gab es eine Welle dieser Krankheit in dem lateinamerikanischen Land, die jedoch auch als Nebenwirkung der Corona-Impfungen bekannt ist. Bei aller bisheriger Unklarheit wusste die regierungsnahe t*agesschau* dennoch bereits am 10. Juli 2023 zu vermelden, dass die durch Mücken übertragene Zika-Infektion der Grund für den auffälligen Anstieg der Erkrankungszahlen und den Gesundheitsnotstand sei. Beim Guillian-Barré-Syndrom greift das körpereigene Immunsystem Teile des Nervensystems an.

HABT EUCH NICHT SO!

Die regierungsamtliche Diskussion darüber, welche Hilfe die Geschädigten der Coronaspritzen bekommen, will der deutsche Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) unter dem Stern von Long-Covid führen. Dies wurde im Laufe dieser Woche bekannt. Im Herbst 2023 soll laut Lauterbach ein sogenannter runder Tisch stattfinden, an denen Vertreterinnen und Vertreter beider Erkrankungen mit dem Bundesgesundheitsminister an einen Tisch gesetzt werden. Die Botschaft soll sein: »Seht her, wie schlimm Corona war und immer noch ist, da ist das Leid, dass durch die Impfkampagne entstand, doch ihren Preis wert gewesen.«

41 Millionen Euro will Karl Lauterbach zur Erforschung des sogenannten Long- oder Post-Covid-Syndroms investieren, die beide in erheblichen Maße unter dem Verdacht stehen, ebenfalls schlicht Folgen der Impfung zu sein. Denn Impfgeschädigte beklagten sich, dass die Behandlung ihrer Impfschäden nicht von den Krankenkassen übernommen werden würden. Dafür gab der Chef der Ständigen Impfkommission Thomas Mertens im Mai 2023 in einer *SWR*-Sendung einen Rat: Man solle dem Arzt einfach nicht sagen, dass es sich um einen Impfschaden handle, dann würden die Behandlungskosten auch übernommen werden. Da die Symptome beider Erkrankungen erstaunlicherweise gleich sind, bietet sich Long-Covid als anerkannter Ausweg an.

AN ENTSCHEIDENDER STELLE GEFÄLSCHT

In den USA wurde derweil laut dem renommierten Online-Medizinblog *tkp.at* eine Vertuschung von Impfschäden aufgedeckt. In diesem Fall handelte es sich um die Vertuschung der US-Seuchenschutzbehörde CDC von Toden durch die Impfung. Dem Bericht nach wurde die Behörde darin überführt, Totenscheine gefälscht zu haben, um Hinweise auf tödliche Covid-Impfungen zu verbergen.

Ein anonym bleiben wollender *Whistleblower* hatte dem Coronamaßnahmen-kritischen Brownstone-Institut mit Sitz im texanischen Austin sämtliche Totenscheine der letzten acht Jahre zukommen lassen, die im US-Bundesstaat Minnesota ausgestellt worden waren. »Bei fast jeder Sterbeurkunde (zwei Ausnahmen), die einen Covid-Impfstoff als Todesursache angibt, hat die CDC Datenbetrug begangen, indem sie den auf der Sterbeurkunde aufgeführten Todesursachen nicht den ICD-10-Code für Impfstoffnebenwirkungen zuordnete«, erklärt der Bericht des Instituts.

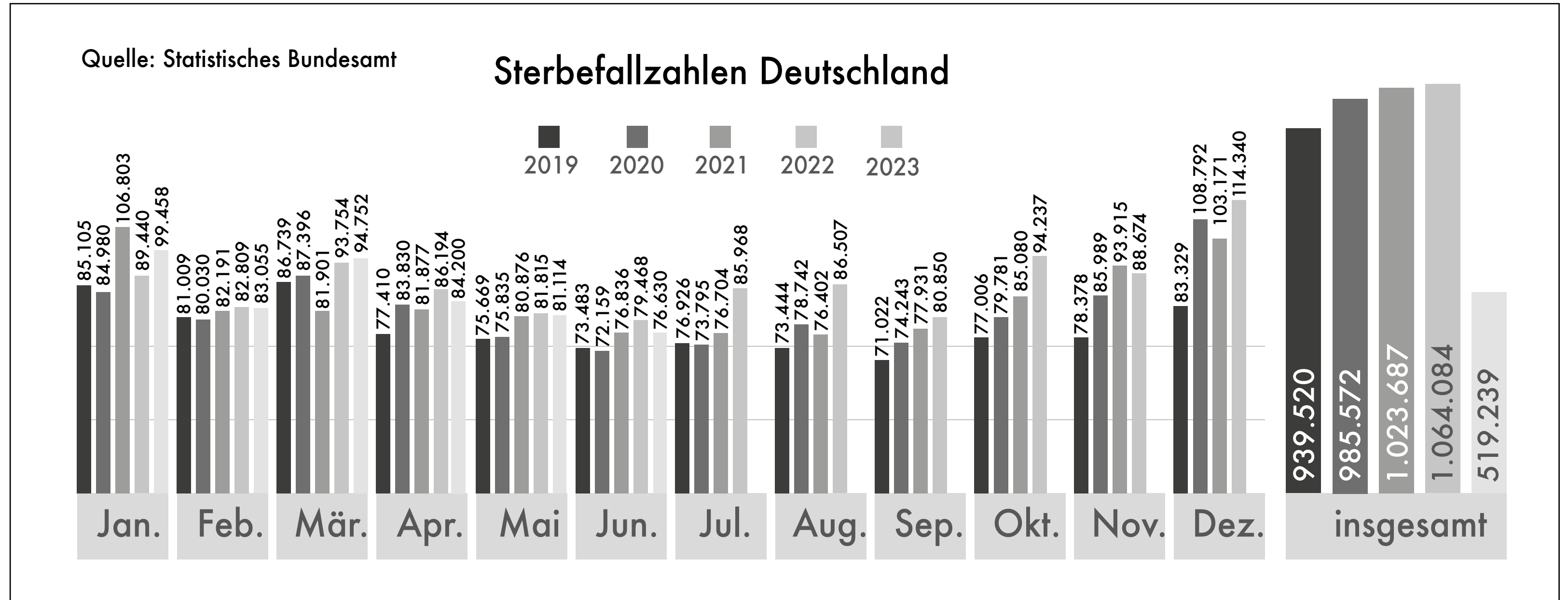
Die CDC ist für die Eintragung des sogenannten ICD-10-Codes auf den Totenscheinen verantwortlich. Diese werden zur Datenverarbeitung herangezogen, während die restlichen Daten auf dem Totenschein demgegenüber oft unterbeleuchtet bleiben. Die CDC ignorierte laut Bericht durch die Bank, die von den ausfüllenden Ärzten angegebenen Hinweise auf den Zusammenhang mit den Impfungen. Statt den hierfür vorgesehenen ICD-10-Codes trug sie teils Fantasie-Ursachen ein. So wurde in einer Sterbeurkunde im Zusammenhang mit der Covid-Impfung sogar »Schusswaffenproblem« als Todesursache angegeben. *tkp.at* geht davon aus, dass dieses Vorgehen der US-Behörde »weltweit durchaus nicht unüblich war und ist«. Dieser Einschätzung kann man sich nur anschließen.

TECH-KONZERNE ALS OPFER DER REGIERUNG?

Etwas mehr Klarheit in die Vertuschungsbemühungen brachte wiederum ein Vorgang in den USA. Ein Gericht im Bundesstaat Louisiana sprach gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten ein Verbot aus, weiterhin von großen *Tech*-Plattformen die Löschung bestimmter Inhalte zu verlangen. Geklagt hatten mehrere Wissenschaftler wie die bekannten Epidemiologen Jay Bhattachary und Martin Kulldorff sowie der Staat Missouri.

Das Urteil beinhaltete den deutlichen Satz: »Während der Covid-19-Pandemie, einer Zeit, die vielleicht am besten durch weit verbreitete Zweifel und Unsicherheit gekennzeichnet ist, scheint die Regierung der Vereinigten Staaten eine Rolle übernommen zu haben, die einem Orwellschen ›Wahrheitsministerium‹ ähnelt.« Der demokratische Schweizer Journalist Milosz Matuschek berichtete ausführlich über den Fall.

Biden hatte gegenüber der Presse der Facebook-Plattform vorgeworfen, diese würde Menschen töten, sollten Aussagen auf der Plattform nicht gelöscht werden, die der Impfung kritisch gegenüber standen. Auch sonst setzte die Biden-Regierung die Tech-Konzerne unter Druck, arbeitete aber auch eng mit diesen zusammen. Die Tech-Konzerne profitierten von den verhängten Masseneinschlüssen (»Lockdowns«) und der forcierten Digitalisierung mit Milliardenprofiten.



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen.
Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

ARZT KLAGT GEGEN CORONA-EXPERTENRAT

Frankfurt/Berlin/DW. Der Arzt Christian Haffner aus Frankfurt am Main hat nach einem einjährigen Rechtsstreit Mitte Juni 2023 die Veröffentlichung der Protokolle des Corona-Expertenrats erzwungen. Zahlreiche Stellen wurden in den veröffentlichten Dokumenten jedoch geschwärzt, was mit einer angeblichen Furcht vor Querdenkern und dem Schutz diplomatischer Beziehungen zu China und der Ukraine begründet wurde. In einem Interview mit dem *Nordkurier* erklärte der Allgemeinmediziner nun, dass er erneut gegen das Bundeskanzleramt vor Gericht ziehen werde, »weil die Öffentlichkeit ein Recht hat zu erfahren, auf welcher Basis, welchen wissenschaftlichen Annahmen oder auch welchen Studien sich die Corona-Politik der Bundesregierung begründet und begründet hat.« Sein Ziel sei es, eine »Aufarbeitung der Corona-Zeit» einzuleiten. (kmü)

DEUTSCHLAND BEI MELDUNGEN ÜBER IMPFSCHÄDEN ABGESCHLAGEN

München/DW. Wie *transparenztest* vermeldet, liegt Deutschland bei den Meldungen von Schäden der Corona-Injektionen deutlich abgeschlagen hinter Ländern wie Österreich, den Niederlanden, Schweden und anderen. Österreich meldet rund drei Mal, die Niederlande und Schweden zwei Mal so viele Covid-Impfnebenwirkungen. Die Daten beziehen sich auf die Melderate der Reports je 100.000 Impfdosen an die Europäische Arzneimittel Agentur EMA. Die deutsche Melderate sei laut dem Portal »alarmierend«. (kmü)

EHEMALIGER WELTKLASSE-TORHÜTER ERLITT HIRNBLUTUNG

Split/DW. Der frühere niederländische Nationalkeeper Edwin van der Sar, der von 1992 bis 2016 unter anderem für Ajax Amsterdam, Juventus Turin und Manchester United aktiv war, erlitt während eines Urlaubs in Kroatien eine Hirnblutung. Der 52-Jährige wurde anschließend intensivmedizinisch behandelt und sei inzwischen außer Lebensgefahr. Im Juni 2021 hatte er in den sozialen Medien stolz ein Foto seiner ersten Covid-Injektion gepostet. (kmü)

GEMELDETE IMPFSCHÄDEN EUROPAWEIT

Amsterdam/DW. In der Datenbank der Europäischen Arzneimittelagentur EMA mit Sitz in den Niederlanden sind laut Datenstand vom 4. Juli 2023 bislang 643.356 schwerwiegende Nebenwirkungen im Zusammenhang mit den Coronaspritzen gemeldet worden. 28.068 Todesfälle. Kinder sind mit 15.250 schwerwiegenden Nebenwirkungen wie Lähmungen oder Infarkten betroffen, 270 Todesfälle von Kindern wurden gemeldet. Experten gehen von einer massiven Untererfassung aus. Demnach soll die tatsächliche Zahl von Nebenwirkungen um das fünf- bis 20-fache betragen. (hes)

Hollywood im Gerichtssaal

Rechtsanwalt Gordon Pankalla muss auf Reisen.

Mein Kollege Ivan Künnemann hatte mich vor Hannover bereits gewarnt, doch ich war mir sicher, auch dieses Berufungsverfahren erfolgreich abschließen zu können. In diesem ging es um das offizielle Corona-Abzeichen: die Maske.

In Ausgabe 129 des *DW* hatte ich über diesen Fall in der ersten Instanz bereits berichtet. Mein Mandant ist zu 60 Prozent schwerbehindert, hat Asthma, Bronchitis und eine COPD. Wem, wenn nicht Robert S., sollte man eine Maskenbefreiung ausstellen, frage ich mich. Allerdings sah dies die Richterin in der ersten Instanz nicht so, denn das Attest war von einer Ärztin ausgestellt worden, die die Justiz auf dem Kieker hat: Dr. Carola Javid-Kistel.

Nun steht es einer Richterin gar nicht zu, zu beurteilen, ob ein Attest zu Recht oder eben zu Unrecht ausgestellt wurde. In juristischer Hinsicht reicht es sonst nach gängiger Rechtsprechung aus, wenn eine körperliche Untersuchung stattgefunden hat und diese lag zweifelsfrei vor. Juristen sind schließlich keine Ärzte und der Gerichtssaal ist kein Behandlungszimmer – im Zweifel hätte eben ein Gutachter bestellt werden müssen. Dies fand aber nicht statt. Meinem Mandanten kann wohl kaum der Vorwurf gemacht werden, er habe Gebrauch von einem unrichtigen Gesundheitszeugnis gemacht, wie dies in Paragraph 279 des Strafgesetzbuches normiert wird, denn Robert hat an die Richtigkeit des ärztlichen Attests geglaubt und handelte damit ohne Vorsatz einer Täuschung. Dies wurde bereits höchstrichterlich festgestellt. Mein Kollege Dirk Sattelmeier hat ein entsprechendes Urteil vor dem Oberlandesgericht Koblenz erwirken können. Aber anstatt sich den rechtlich relevanten Fragen zuzuwenden, nahm die Verhandlung in der nächsten Instanz in Hannover einen Verlauf wie in Hollywood.

VERHANDLUNGSFÜHRUNG HAT NUR EINEN ZWECK: SPEKTAKEL MACHEN

Zunächst wurden Polizeibeamte vorgeladen. Dass mein Mandant das Attest auf der Demo benutzt hatte, steht aber außer Frage: Also warum werden dann Zeugen geladen, die überhaupt nicht relevant sind? Anschließend fing die vorsitzenden Richterin an, aus der Krankenakte meines Mandanten vorzulesen. Auch hier fragt sich, zu welchem Zweck? Weder ich noch die Staatsanwältin noch die drei Richter sind dazu in der Lage, den medizinischen Befund einer Ärztin nachzuvollziehen. Als es dann auch noch minutenlang um die Füße meines Mandanten ging, hatte ich das Gefühl, dass einer der Schöffen aufmerksam wurde.



Die Ärztin Dr. Carola Javid-Kistel auf einer Demonstration der Demokratiebewegung. Foto: Videostill/Youtube.

ÜBER RECHT WURDE NICHT GESPROCHEN

Diese Form der Verhandlungsführung ist rechtlich einfach komplett sinnlos und diente meiner Ansicht nach nur einem Zweck: Ein Spektakel machen, wie in Hollywood. Mit einer ernsthaften Verhandlung hatte dies in meinen Augen wenig zu tun. Meinen Hinweis auf den in jedem Fall fehlenden Vorsatz nahm die Richterin zwar zur Kenntnis, was aber nichts daran änderte, dass sie im Anschluss auf die Idee kam, man müsse nun noch die Richterin der ersten Instanz als Zeugin vernehmen. Zu welchem Beweisthema war dabei völlig unklar, aber irgendwas musste man den Schöffen anscheinend als *Show* bieten, wenn man sich nicht um die relevanten rechtlichen Fragestellungen kümmern will.

Die Idee, die Richterin der ersten Instanz als Zeugin vorzuladen, scheiterte dann daran, dass man die Kollegin nicht erreichen konnte. Hätte man sich das nicht vorher überlegen können? Der komplett sinnlose Verhandlungstag endete damit, dass mir die Richterin eröffnete, dass ich dann eben nochmal nach Hannover werde kommen müssen und vermutlich sogar noch zwei Termine anstünden. Warum weiß niemand. Über Recht wurde an diesem Tag nicht gesprochen. Und so machte ich mich auf den Vier-Stunden-Heimweg nach Köln. Fortsetzung folgt …


Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.

Der Wahnsinn nimmt immer krassere Formen an

Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, herzlichen Glückwunsch! Sie gehören zu den Überlebenden der vergangenen Hitze-Tage. Aber freuen Sie sich nicht zu früh. Die Gefahrenlage ist unverändert hoch – jedenfalls, wenn man den gekauften staatshörigen *Mainstream*-Medien Glauben schenkt. Die sind sich ja schon lange für keine noch so abstruse Nachricht zu schade: Der Klimawandel lässt unsere Gehirne schrumpfen, konnte man nun etwa in der *Berliner Zeitung* und der *Frankfurter Rundschau* lesen. Bei einigen Berufskollegen scheinen die Gehirne tatsächlich massiv geschrumpft zu sein, nur dürfte der Grund dafür nicht im Klimawandel zu finden sein.

Die *Rheinische Post* wirbt unterdessen in einem Plädoyer für Freibäder. Sie seien besser als ihr Ruf. Ich sage: Es ist alles nur eine Frage der Perspektive. Ich habe nicht den geringsten Zweifel daran, dass in Deutschlands Freibädern viele Menschen eine Mordsgaudi haben. Unsere Freunde vom Harlekin-Shop sehen das ganz ähnlich: »Bitte positiv denken: Ihr spart mittlerweile 'ne Menge Geld für Abenteuerurlaub, Mittelalterfeste … Einmal Freibad-Eintritt und Ihr habt Nervenkitzel und Action«, schrieben sie vor wenigen Tagen in ihrem *Newsletter*. Die *Bild* dagegen spielt mal wieder den Spaßverderber: »Jetzt soll sogar die Polizei an den Beckenrand«, titelte sie in dieser Woche in Anbetracht der eskalierenden Gewalt in den »Freikampfarenen«. Nun ja, wer Klimakleber feinfühlig und sanft mit Pflanzenöl und Spachtel vom Straßenasphalt löst, kann auch mal den Bademeister geben. Immer noch besser als unbescholtene Bürger um sechs Uhr in der Früh zu wecken, indem man ihre Haustüre eintritt. Ich sage nur: Augen auf bei der Berufswahl und erst recht bei der Wahl des Arbeitgebers!

FLÜGE OHNE ENDE – ABER 200.000 KÜHE SOLLEN STERBEN

Ja, es ist offensichtlich: Wir alle sind, sofern wir nicht den vorzeitigen Hitze-Tod sterben, Zeitzeugen eines von Tag zu Tag abstruser werdenden globalen Schauspiels. Der Wahnsinn nimmt immer krassere Formen an und beschränkt sich keineswegs auf Deutschland. Die niederländische Supermarktkette Albert Heijn hat den Verkauf von Messern gestoppt. Grund sei die zunehmende Gewalt mit Messern im Land. Kommt einem irgendwie bekannt vor. Die Regierung Irlands erwägt, im Kampf gegen den Klimawandel in den kommenden drei Jahren 200.000 Kühe zu töten. Grund: Sie pupsen zu viel. Dazu passt: Fliegen wird wieder beliebter! Am Donnerstag, 6. Juli, wurden laut *Blick* weltweit mit fast 135.000 so viele kommerzielle Flüge registriert wie nie zuvor an einem einzigen Tag, dabei waren zeitweise 20.000 Flugzeuge gleichzeitig in der Luft. Dann noch eine Meldung aus Großbritannien: Dort empfiehlt eine Stiftung gegen Gebärmutterhalskrebs, das weibliche Geschlechtsteil in »Bonusloch« oder »vorderes Loch« umzubenennen, um die Vagina von Transmännern korrekt zu bezeichnen. Kann man sich nicht ausdenken. Lieber Gott, vielleicht wäre es an der Zeit, mal wieder Feuer und Schwefel regnen zu lassen.

Erstaunliches kommt derweil von einem Bundestagsabgeordneten namens Erwin Rüddel. Nein, nicht das, was er auf seiner Webseite veröffentlicht hat, ist erstaunlich, sondern vielmehr, dass dies mit ihm von einem CDU-Politiker kommt. Rüddel schreibt: »Ein Land, welches ›Klima‹ über alles stellt und dafür seine Industrie abbaut, Firmen ins Ausland vertreibt, seine Energieversorgung einerseits gefährdet und andererseits unbezahlbar macht, seinen Lebensstandard in den Sinkflug schickt und dabei ungeheure Summen an Steuern und Schulden in eine staatlich gelenkte Plan- und Verbotswirtschaft pumpt – und das alles für ›Klimamaßnahmen‹, für deren Erfolg es kaum seriöse Belege gibt – dürfte kaum ein Vorbild für andere werden.«

Und weiter: »Alles, was die einen einsparen, werden andere Länder verbrauchen. Es wird kein Fass Öl, kein Kubikmeter Gas und keine Tonne Kohle ungenutzt bleiben. Der Ausstoß von CO2 wird sich lediglich verlagern …« Laut Rüddel habe der Kampf gegen die vermeintliche Klimakrise »teilweise quasi-religiöse Züge« angenommen. »Dazu drängen sich unerfreuliche Assoziationen auf – etwa an Savonarola, an die Wiedertäufer, die Kinderkreuzzüge und an allerhand verwirrte Untergangssekten. Und, was noch schlimmer ist, leider werden gerade junge Menschen in einen fatalistischen Radikalismus getrieben, der letztlich darauf hinausläuft, die Demokratie selbst in Frage zu stellen, weil nur so die Rettung der Welt vor dem Untergang erreicht werden könne.«

KANN MAN DAS KLIMA WIRKLICH LEUGNEN?

Rüddels *Statement* stammt von Ende Mai, wurde vom *Mainstream* aber erst entdeckt, nachdem er am Sonntag einen *Tweet* von Ex-*Bild*-Journalist Ralf Schuler weiterverbreitet hatte, in dem ein *Welt*-Artikel aus dem Jahr 2011 mit der Überschrift »Die CO2-Theorie ist nur geniale Propaganda« geteilt worden war. *ZDFheute* zeigte sich von Rüddels Aussagen irritiert und zitierte einen »Klimawissenschaftler«, der den CDU-Mann – Überraschung – als Klimaleugner bezeichnete. Ach, wie war das noch mit den geschrumpften Hirnen? Beim *ZDF* sind sie davon offenbar besonders betroffen. Nicht von ungefähr nennen Spötter den zwangsfinanzierten Propaganda-Sender schon länger Zentrale Dachschaden-Fabrik!


Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.

MELDUNG

AMPEL GIBT FLUTOPFER IHR EU-GELD NICHT

Ahrweiler/DW. Rheinland-pfälzische Landespolitiker der CDU werfen der Bundesregierung vor, für die Flutopfer bestimmte EU-Gelder nicht an die Betroffenen weiterzugeben. Demnach sollen im März 2023 mehr als 610 Millionen Euro für die Flutopfer von der EU an den Bund überwiesen worden seien, wie der *SWR* meldete. (hes)

SESSELMANN DARF SICH AUF POSTEN SETZEN

Sonneberg/DW. Der erste AfD-Landrat der Geschichte hat den »Demokratie-Check« bestanden, so das Thüringer Verwaltungsamt am 10. Juli 2023. Rund 51,8 Prozent der Bürger des Landkreises Sonneberg hatten den AfD-Mann Robert Sesselmann am 25. Juni 2023 in einer Stichwahl gewählt. Der verordnete »Demokratie-Check« hatte erheblichen Protest und Zweifel an der Verfassungstreue der thüringischen Verwaltung hervorgerufen. (hes)

VERBOT ZU WIDERSPRECHEN, WEIL MAN LAUT VERTRAG WIDERSPRECHEN MUSS?

Berlin/DW. Bundespräsident Frank Walter Steinmeier will nichts gegen die Lieferung von international geächteter Streumunition der USA an die Ukraine unternehmen. Dies gab er im sogenannten *ZDF*-Sommerinterview am 9. Juli 2023 bekannt. Steinmeier hatte 2008 in seiner damaligen Position als Bundesaußenminister für die Bundesrepublik eine internationale Konvention zur Ächtung von Streumunition unterzeichnet. Diese sieht vor, dass die Unterzeichner alles unternehmen müssen, um andere Staaten, die nicht unterzeichneten, wie die USA, die Ukraine und Russland, davon abzuhalten, diese Waffen einzusetzen. Ein klarer Auftrag. Steinmeier jedoch betrachtet sich durch seine Unterschrift als »voreingenommen« und will den USA »nicht in den Arm fallen«. (hes)

NATO-GIPFEL: WEITERE MILLIARDEN AN DIE UKRAINE

Vilnius/DW. Die Nato-Mitgliedschaft wird für die Deutschen immer teurer. Dies ist das Ergebnis des Nato-Kriegsgipfels in dieser Woche. Demnach müssen sämtliche Mitgliedstaaten verbindlich mindestens zwei Prozent ihres jeweiligen Brutto-Inlandsproduktes für den Wehretat ausgeben. Für die Bundesrepublik bedeutet dies die Verschwendung von rund 72 Milliarden Euro Steuergeldern. Dies sind rund 16 Prozent des deutschen Staatshaushaltes (2024 insgesamt 445,7 Milliarden Euro). Bei dem Treffen wurde ebenso eine neue viele tausend Seiten starke geheime Kampfstrategie vereinbart, grünes Licht für den Beitritt Schwedens zum Bündnis gegeben und beschlossen, die Ukraine so lange mit Waffen und Steuergeldern zu versorgen, bis Russland besiegt ist. Der ukrainische Präsident Selenski war eigens angereist, um eine Nato-Mitgliedschaft seines Landes einzufordern. Die massive Militarisierung des Westens wurde durch die Ablehnung dieser Maximalforderung, die zu einem direkten Krieg Deutschlands mit Russland geführt hätte, als »vernünftiger Mittelweg« in die Medien gebracht. (hes)



STIMMUNGSMACHE GEGEN VITAMIN-D-PRÄPARATE

KOLUMNE RECHTSSTAAT

von Prof. Dr. Martin Schwab

In einem Artikel von *Doc Check News* vom 3. Juli 2023, einer Informationsplattform für Mediziner, wird ein klinischer Fallbericht über eine Vitamin-D-Vergiftung zum Anlass genommen, eine strengere Regulierung von Nahrungsergänzungsmitteln zu fordern. Der tendenziös geschriebene Beitrag spült Wasser auf die Mühlen von Regulierungsfanatikern, die am liebsten alles verbieten würden, was den Menschen gesund hält.

»Vitamin D intoxication and severe hypercalcaemia complicating nutritional supplements misuse« (dt. Vitamin-D-Vergiftung und schwere Hyperkalzämie als Komplikation bei Missbrauch von Nahrungsergänzungsmitteln) – diese Überschrift trägt ein Fallbericht von Alkundi et al., der am 6. Juli 2022 im *British Medical Journal* publiziert wurde. Die Autoren dieser Studie berichten über einen Patienten, der es mit der Zuführung von Vitamin D merklich übertrieben hatte: 150.000 Einheiten am Tag, einen ganzen Monat lang, ohne jede ärztliche Begleitung. Auch andere Mikronährstoffe hatte er in einer Menge deutlich oberhalb der Referenzwerte zu sich genommen. In der Klinik hatte er sich dann mit schweren Vergiftungssymptomen vorgestellt. An der medizinischen Validität der Studie habe ich keine Zweifel.

Fatal ist aber, was Dr. Stefan Graf, Molekularbiologe und Wissenschaftsjournalist, in seiner Besprechung der Studie in *Doc Check News* vom 3. Juli 2023 daraus macht. Das *Framing* beginnt schon am Anfang des Beitrags: »Trotz bescheidener Evidenz« sei der »Glaube an immun- und leistungssteigernde ... Effekte« weit verbreitet. »Aggressive Vermarktung« beschere den Herstellern »hohe Umsatzzahlen«. Stopp, da müssen wir mal innehalten. Bescheidene Evidenz? Bei meiner Arbeit an Musterschreiben, die ich betroffenen Eltern im Sommer 2022 zur Verfügung stellte, die sich Sorgen machten, die Masken- und Testpflicht könne für das damals anstehende Schuljahr 2022/2023 wieder eingeführt werden, griff ich auch die Möglichkeit der Immunprävention durch Vitamin D auf.

Auf Empfehlung von Prof. Dr. Jörg Spitz, einem ausgewiesenen Experten in der Vitamin-D-Forschung, erwähnte ich in meinen Musterschreiben gleich drei Metastudien, die klar belegen, dass das Risiko eines schweren Covid-19-Verlaufs durch einen gut eingestellten Vitamin-D-Spiegel drastisch reduziert wird:

Borsche et al.*:* Covid-19 Mortality Risk Correlates Inversely with Vitamin D3 Status, and a Mortality Rate Close to Zero Could Theoretically Be Achieved at 50 ng/mL 25(OH)D3: Results of a Systematic Review and Meta-Analysis (dt. Das Covid-19-Mortalitätsrisiko korreliert umgekehrt proportional zum Vitamin-D3-Status, und eine Mortalitätsrate nahe Null könnte theoretisch bei 50 ng/mL 25(OH)D3 erreicht werden: Ergebnisse einer systematischen Überprüfung und Meta-Analyse), vom 14. Oktober 2021 im wisschenschaftlichen Fachblatt *Nutrients.*

Yisak et al.: Effects of Vitamin D on Covid-19 Infection and Prognosis: A Systematic Review (dt. Auswirkungen von Vitamin D auf Covid-19-Infektion und -Prognose: Eine systematische Berurteilung), veröffentlicht am 9. Januar 2021 in der Fachzeitschrift *Risk Manag Healthc Policy.*

Petrelli et al., Therapeutic and prognostic role of vitamin D for COVID-19 infection: A systematic review and meta-analysis of 43 observational studies (dt. Therapeutische und prognostische Auswirkungen von Vitamin D auf Covid-19-Infektionen: Eine systematische Beurteilung und Meta-Analyse von 43 Beobachtungsstudien), veröffentlicht im Juli 2021 im wissenschaftlichen Fachblatt *The Journal of Steroid Biochemistry and Molecular Biology.*

Es gibt noch viel mehr solcher Studien, die zu vergleichbaren Ergebnissen kamen. Und was aggressive Vermarktung und hohe Umsatzzahlen anbelangt: Was bin ich froh, dass die Corona-Spritzen nicht aggressiv vermarktet wurden und die Hersteller sich nicht die Taschen auf Kosten des Steuerzahlers vollstopften. Ironie aus.

Der Autor Stefan Graf muss selbst einräumen, dass in unseren Breiten viele Menschen mit Vitamin D unterversorgt ist, meint aber, eine unkontrollierte Nahrungsergänzung sei insbesondere bei fettlöslichen Vitaminen (dazu gehört auch Vitamin D) hoch risikobehaftet.

Im Ergebnis sieht Stefan Graf einen hohen Aufklärungs- und Regulierungsbedarf und meint, die Aufklärungsarbeit könne man nicht allein der »ausgelasteten Ärzteschaft« überlassen. Schließlich beklagt er ein »Heer von gut bezahlten, aber ahnungslosen Influencern«. – Damit meint er doch nicht etwa Mai Lab? Ironie aus.

STÄRKEN WIR DIE PRÄVENTIONSMEDIZIN

Die Art und Weise, wie Stefan Graf aus Anlass eines einzelnen Fallberichts von Vitamin-D-Missbrauch nach strengerer Regulierung ruft, ist rechts- und gesundheitspolitisch in hohem Maße gefährlich. Denn die Grünen fordern schon seit längerer Zeit eine Zulassungspflicht für Nahrungsergänzungsmittel, eine öffentlich einsehbare Positivliste staatlich geprüfter Präparate sowie staatlich festgelegte Höchstmengen für Vitamine und Mineralstoffe in Nahrungsergänzungsmitteln, wie man beispielsweise dem *Handelsblatt* vom 5. Oktober 2019 oder *Tagesspiegel* vom 18. Mai 2020 entnehmen kann. Die *Magdeburger News* vom 16. September 2021 befürchten ein »Verkaufsverbot durch die Hintertür«.

Wohin diese Reise führt, lässt sich leicht erahnen: Während die Zulassungsbehörden den Impfstoffherstellern selbst schwerste Versäumnisse durchgehen lassen – man siehe den Bericht über das Zulassungsdesaster bei Morgenthaler et al. in der *Berliner Zeitung* vom 16. Februar 2023 –, werden sie bei Vitaminpräparaten stramm die Zügel anziehen. Das wird einen herben Rückschlag für die Präventionsmedizin bedeuten.

Der »ausgelasteten Ärzteschaft« kann ich indes nur empfehlen, eben diese Präventionsmedizin zu stärken. Das wird die Arbeitsbelastung mittelfristig senken. Seit ich – ärztlich begleitet – meine eigene Vitamin-D-Unterversorgung behoben habe, funktioniert mein Immunsystem so gut wie noch nie! Ich werde viel seltener krank als früher. Das Gleiche wünsche ich allen, die meinen Text lesen!

BESTANDS-AUFNAHME



Die Journalisten und Medienentwickler Kayvan Soufi-Siavash (KenFM, Apolut.net) und Anselm Lenz (DW-Zeitung, S&L Verlag) treffen sich zur Bestandsaufnahme. Ein Ausschnitt aus Bestandsaufnahme #16.

• Comedy: Selenski von EU-Lateinamerika-Gipfel ausgeladen.
• Grande Nation? Frankreich steht auf.
• Was ist was? Die neue deutsche Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020.

A.L.: Meine sehr verehrten Damen und Herren, herzlich willkommen zur neuen Ausgabe der Bestandsaufnahme mit den Medienentwicklern Kayvan Soufi-Siavash, auch bekannt als Ken Jebsen bei KenFM sowie Apolut.net! Und ich bin auch dabei, ebenfalls ein Journalist, unter anderem bei der Wochenzeitung Dmeokratischer Widerstand. Für das Format »Bestandsaufnahme« suchen wir uns relativ spontan am Tag der Aufzeichnung drei Themen aus.

K.S.S.: Unser erstes Thema: Der Herr Selenski ist zu einem Gipfel eingeladen worden und dann wieder ausgeladen worden. Das Thema kommt ja von Dir. Daran anschließend werde ich fragen: Was ist eigentlich aus der Offensive unseres Oberbefehlshabers, Herrn Selenski, geworden? Man hat ja starke Partner im Hintergrund, die stärkste Armee der Welt, die Nato. Was ist da Phase, warum läuft das nicht? – Und danach möchten wir über etwas sprechen, das man uns dreißig, vierzig Jahre lang versucht hat, aus den Köpfen zu hämmern nach dem Motto, »brauchen wir nicht mehr!«.

A.L.: Die Nation: Wofür braucht man die Nation? Braucht man die Nation vielleicht überhaupt nicht mehr und kann sich anderen Herren überlassen? – Und das dritte Thema, das wir uns überlegt haben, lautet: »Was ist was in der Demokratiebewegung?« Seit dreieinhalb Jahren gehen Menschen täglich, überall, in allen Regionen unseres Landes auf die Straße. Wofür, wogegen, wer ist dabei, wieviele sind es und warum haben die Regierung und die Medienkonzerne etwas dagegen? Wer engagiert sich eher im Internet in Kommentarspalten? Welche Akteure sind wo am Wirken? Das wollen wir in der sechszehnten Ausgabe der Bestandsaufnahme einmal durchsprechen.

Beginnen wir mit Thema Nummer 1! Wladimir Selenski wurde von EU-Lateinamerika-Gipfel wieder ausgeladen, der am 16. und 17. Juli stattfinden wird. Wie so üblich bei solchen Gipfeln, sollte Selenski seine Ansprache auf riesigen Videoleinwänden oder Podien abgeben. Dass das regelmäßig geschieht, besorgen dann schon die USA, die Nato oder Teile der EU. In diesem Fall wollte die spanische Regierung Herrn Selenski zum EU-Lateinamerika-Gipfel mit hinzuholen, damit dieser seine Rede halten kann. Aber wie schon beim Mercosur-Gipfel 2022 lehnten das die südamerikanischen Regierungen ab. Selenski musste wieder ausgeladen werden...

Mehr Bestandsaufnahme auf apolut.net und demokratischerwiderstand.de/presseklub. Ab jetzt eue Folgen mit Rotation: Kayvan Soufi-Siavash, Anselm Lenz und wechselnde Gesprächspartner!



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AHRENSFELDE: Montag 18.00 • Märkische A • Rathaus
AUGSBURG: Samstag 15.30 • Augsburger Allg. • Maximilianstr. 3
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus • Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LINDAU: Freitag 16.00 • Lindauer Zeitung • Inselgraben 2
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media Docks • Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
WAREN: Müritz Montag 18.30 • Nordkurier • Marktplatz
WIESBADEN: Samstag 13.00 • Wiesb. Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz

IMMER MONTAGS!

ALSENZ, 18 Uhr, am Marktplatz – ALTENHUNDEM, 19 Uhr, am Rathaus – ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus – BAD BERGZABERN, 18:30 Uhr, am Schloss – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – CADOLZBURG, 18 Uhr, am Rathaus – CRIMMITSCHAU, 18 Uhr, am Markt – ECHTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – EHRENFRIEDERSDORF, 19 Uhr, am Markt – ENDINGEN AM KAISERSTUHL, 19 Uhr, am Rathaus – FLAMMERSFELD, 18 Uhr, am Verbandsgemeindehaus – FRÄNKISCH-CRUMBACH, 18 Uhr, am Rathaus – GAMMERTINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – HARSEWINKEL, 18 Uhr, am Rathaus – HARTENSTEIN, 19 Uhr, am Markt – HAUENSTEIN, 18 Uhr, am Rathaus – KIEFERSFELDEN, 18 Uhr, am Rathaus – KÖNIGS WUSTERHAUSEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – LAICHINGEN, 19 Uhr, am Marktplatz – LAUENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – PAUNZHAUSEN, 19 Uhr, am Rathaus – Perleberg, 18 Uhr, Großer Markt – RECHBERGHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – RIPPOLINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – SCHARBEUTZ, 18 Uhr, am Seebrückenplatz – SCHWARZENBEK, 17:30 Uhr, am Rathaus – TANGERMÜNDE, 18 Uhr, am Rathaus – UNTERGRUPPENBACH, 18 Uhr, Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 15.7.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 15.7.2023 12-16:50 Uhr	Berlin, Park & Ride U-Bahnhof Hönow	Autokorso
Sa, 15.7.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 15.7.2023 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 15.7.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 15.7.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 15.7.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 15.7.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 15.7.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 15.7.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
Sa, 15.7.2023 11-18 Uhr	Ulm, Hirschstraße	Demo und Aufzug
So, 16.7.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 17.7.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz7.20	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 17.7.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee - am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 17.7.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 17.7.2023 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 17.7.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 17.7.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 17.7.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 17.7.2023 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 17.7.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 17.7.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 17.7.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 17.7.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 17.7.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 17.7.2023 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 17.7.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 17.7.2023 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 17.7.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 18.7.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 18.7.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 18.7.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 18.7.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 18.7.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 19.7.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 19.7.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang
Mi, 19.7.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 19.7.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 19.7.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 19.7.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 19.7.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 19.7.2023 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 19.7.2023 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 19.7.2023 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 20.7.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 20.7.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 20.7.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 20.7.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 20.7.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 20.7.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 20.7.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 20.7.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 20.7.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 21.7.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 22.7.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 22.7.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 22.7.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 22.7.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 22.7.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 22.7.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 22.7.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 22.7.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Sa, 29.7.2023 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Mi, 2.8.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Sa, 5.8.2023 9-23Uhr	Berlin, Berlin überall in Berlin	GROßDEMO
Mo, 7.8.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



SEK-EINSATZ? NICHT MIT WERNER

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Erinnerungen an einen Zugriff, der nicht stattfand von Thomas Willi Völzke

Ende 1985 versah ich im Rahmen meines Studiums für den Aufstieg in den gehobenen Dienst der Schutzpolizei ein achtwöchiges Praktikum beim sogenannten kriminalpolizeilichen Dauerdienst in der Direktion 5 in Berlin.

In Fragen des kriminal-polizeilichen Wissens gab es einen Beamten in der Schicht, der das Maß aller Dinge war: Das war Werner (*), Kriminalhauptmeister und einer der letzten Kriminalbeamten des mittleren Dienstes in der Direktion 5. Im Zweifelsfall hieß es immer: »Frag Werner!« Kurz vor Weihnachten erreichte uns eine Anzeige wegen des Verdachts eines illegalen Waffenbesitzes. Dabei ging es sogar um einen Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz. Ein Mann sollte in seinem Haus ein Maschinengewehr haben. Werner und ich fuhren zu zweit nach Berlin-Buckow und begutachteten das angezeigte Grundstück. Es handelte sich um ein Einfamilienhaus. Zwischen Gartentor und Haus lagen rund 12 Meter. Was tun?

Wir wussten, dass es sich bei den Bewohnern des Hauses um ein Ehepaar handelte, die beide Mitte 60 waren. Werner telefonierte mit der Schichtleiterin und sagte ihr, dass kein SEK-Einsatz stattfinden werde. Er werde das mit einer Zivilstreife des dortigen Abschnitts regeln. Doch die Schichtleiterin lehnte ab. Daraufhin sagte Werner sinngemäß: »Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Mann mit aufgesetztem MG am Fenster auf irgendwelche Feinde lauert, um dann sofort zu schießen? Und schaue dir das Alter des Paares an. Außerdem sind die beiden kriminalpolizeilich noch nie in Erscheinung getreten. Und unsichtbar kann sich das SEK auch nicht machen. Die brauchen ja ein paar Sekunden, bis sie von dem Gartentor schließlich am Haus sind.«

Und so geschah es. Werner und ich klingelten am Gartentor. Die beiden Kollegen der Z-Streife standen etwas abgesetzt vom Grundstück. Wir warteten und … der Hausbesitzer kam zum Tor. Werner gab sich als Kriminalbeamter zu erkennen, erklärte die Situation und belehrte den Mann. Dann begannen wir zu viert mit der Wohnungsdurchsuchung. Das Ehepaar gab uns bereitwillig eine leere Munitionskiste, Teile eines Verschlusses von einem MG sowie eine Schulterstütze von einer solchen Langwaffe. Das alles hatten sie vor vielen Jahren im Haus gefunden, als sie es gekauft hatten. Das war's. Es sind nicht wunderbar formulierte Leitlinien, die uns prägen und uns Orientierung geben;. es sind Begegnungen mit Menschen, die uns mit ihrem Verhalten und ihrer Einstellung überzeugten und an die wir uns mit Dankbarkeit erinnern. Ich vermag mir nicht vorzustellen, was wir bei dem Ehepaar mit einem SEK-Einsatz angerichtet hätten.

(*) Der Name des Kollegen Werner wurde vom Autor geändert. – Dies ist ein Ausschnitt eines Artikels, den Sie in Gänze auf der Internetseite *www.echte-polizisten.de* nachlesen können.

FORTSETZUNG VOM TITEL | Von Hendrik Sodenkamp

Im Juni 2023 erschien der sogenannte Verfassungsschutzbericht des Landes Berlin. Darin wird diese Zeitung und ihr Trägerverein als »maßgeblicher Akteur des Spektrums der ›verfassungsschutzrelevanten Staatsdelegitimierung‹« genannt. – Danke sehr, bitte schön.

Uns wird vorgeworfen, dass wir bereits während des ersten *Lockdowns* im April 2020 in einer der ersten Ausgaben dieser Zeitung feststellten: »Die großen Medienhäuser sind gleichgeschaltet. Sämtliche Freiheitsrechte wurden außer Kraft gesetzt, während wir von der Regierung in Todesangst versetzt zuhause eingesperrt werden.« – Man prüfe einfach den Wahrheitsgehalt dieses Satzes. Er stimmte und er stimmt immer noch.

Uns wird ebenfalls vorgeworfen, diese schlichte Tatsachen angesprochen zu haben: Das de-facto-diktatorische Hygieneregime führt zu einer »Knappheit an Gütern und Ressourcen, Pleitewellen« und zu »Unruhen bis hin zum Bürgerkrieg« (Zitate sind aus dieser Zeitung, jedoch zitiert aus dem Verfassungsschutzbericht). Nun: Was ist daran inhaltlich falsch? – Haben die nicht nach Frankreich geschaut?

Zu einer von uns am 7. April 2022 organisierten Demonstration anlässlich das damals akut drohenden Impfzwangs wird uns ernsthaft vorgeworfen: »Es wurden auch Plakate und Spruchbänder mit Bezug zum russischen Angriffskrieg mitgeführt, auf denen die Teilnehmenden ›Friede mit Russland‹ forderten.« – Wow, da fällt einem nichts mehr ein.

GRÖSSTER VERTREIBER DES GRUNDGESETZES

Zur Erinnerung: Von dieser Zeitung wurden mittlerweile Millionen Exemplare gedruckt. Im Sommer 2020 waren wir mit einer Auflage von über 700.000 teils die auflagenstärkste Wochenzeitung. Auf der Rückseite dieser Zeitung drucken wir jeweils die ersten 20 Artikel unserer Verfassung ab. Wir sind wahrscheinlich der größten Verbreiter des Grundgesetzes überhaupt.

Das sind keine leeren Sprüche: Wir haben die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) angeschrieben, diese ist für den Druck und den Vertrieb des Grundgesetzes verantwortlich. Auf der Internetseite der Bundeszentrale kann man kostenlos das Grundgesetz bestellen. Wir erfuhren durch diese Presseanfrage, dass in den Jahren 2013 bis 2022 von der bpb 149.261 (Jahr 2013) bis zu 677.225 (Jahr 2019) Grundgesetze an Interessenten verschickt wurden. Im Jahr 2019 wurde das Grundgesetz 60 Jahre alt und erfuhr deshalb eine besondere Beachtung mit dementsprechenden staatlichen Kampagnen und Verteilaktionen. Dennoch haben wir mehr Grundgesetze verbreitet als die Bundeszentrale für Politische Bildung in diesem Jubeljahr – bereits mit einer einzelnen Ausgabe im Sommer 2020!

Hinzu kommt, dass wir auf zu unseren Demonstrationen, die wir im Frühjahr und Sommer 2020 organisierten, selber bei der bpb tausende Grundgesetze bestellten und diese auf unseren Demonstrationen verteilten. Auch aus dem nichtohneuns.de-Netzwerk wurde dies deutschlandweit getan. Allein von März bis einschließlich August 2020 wurden so 320.978 Grundgesetze bei der bpb bestellt (»Abfluss« nennen sie das). Das heißt, innerhalb von sechs Monaten Demokratiebewegung so viele Grundgesetze wie im gesamten Jahr 2018 und sogar doppelt so viele wie im Jahr 2013.

Die Nachfrage aus der Bevölkerung nach dem Grundgesetz muss so groß geworden sein, dass die Bundeszentrale für politische Bildung Anfang 2023 versuchte den »Abfluss« des Grundgesetzes an die Bevölkerung zu begrenzen. Mittlerweile kann man als »privater Besteller«, das heißt Bürger, nur noch zwei Exemplare ohne Angaben von Gründen bestellen. Vorher waren es Hunderte die man zur Verteilung ordern konnte.

Nun haben wir nicht nur diese Institution genutzt – die übrigens genau dafür da ist – um den Wortlaut und den Sinn unserer Verfassung und unseres Gemeinwesens zu verbreiten, sondern eben auch diese Zeitung. Jede Woche geben wir erneut Tausende Euros aus den uns dafür anvertrauten Mitteln aus, um unsere Verfassung zu verbreiten. Eine Organisation, die Verfassungsschutz heißt, müsste eigentlich froh darüber sein, wenn die Verfassung massenhaft in Land gesendet wird, oder?

Anscheinend nicht, denn der sogenannte Verfassungsschutz will nicht die Verfassung schützen, sondern nur die Macht des Parteien- und Konzernklüngels. Während wir als wehrhafte Demokraten auf Grundrechte, Verfassung und Gewaltenteilung beharren, will der Inlandsgeheimdienst sicher gehen, dass von oben herab geschmeidig und gewaltsam durchregiert werden kann: Staatssicherheit nennt man das.

Durchregieren geht natürlich viel einfacher, wenn man keinen Widerspruch erfährt. Im Vorwort des Geheimdienst-Berichts unterhalten sich der Berliner Oberspion Michael Fischer und die Senatorin für Inneres UND Sport (! – Berlin, 2023) Iris Spranger (SPD) darüber, dass ein Einspruch gegen das Nato-Kriegsregime von deutschen Demokraten, auf gezielte »Desinformationskampagnen« aus Russland zurückzuführen ist. Putin wolle damit die deutsche Gesellschaft spalten.

Wir halten also einmal kurz fest: Festzustellen, dass die Corona-Maßnahmen totalitär und diktatorisch, das heißt verfassungsbrüchig, übergriffig und brutal, waren, gefährdet die Demokratie. Festzustellen, dass die *Lockdown*-Maßnahmen erhebliche wirtschaftliche Konsequenzen hatten, soll eine Verschwörungstheorie sein. Dass das obrigkeitsstaatliche Gebaren, Lügen und Morde, zu erheblichen Unruhen in der Gesellschaft führen, soll eine Erfindung von uns sein. Die Forderung »Friede mit Russland« ist ein perfider Plan aus den Troll-Hallen unter dem Kreml. Wer sagt, er kämpft für Grundgesetz, Menschenrechte und Demokratie, will natürlich die Demokratie überwinden – ne klar, ist logisch. Weitermachen.



DR. HABIG, DAS RECHT UND DER STAAT

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter

Bitte lesen oder hören Sie das Plädoyer des Arztes Dr. Heinrich Habig (DW 139), der vom Landgericht Bochum zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und zehn Monaten verurteilt wurde.

Er wurde bestraft, weil er zweihundert Patienten Corona-Impfpässe ausgestellt habe, ohne ihnen den mRNA-Impfstoff zu spritzen. Habig schildert, wie sein ganzes Leben der Heilung der Patienten gewidmet war. Er schildert, wie sich in der Coronakrise Panik verbreitete, wie die Coronaimpfung Schäden verursachte und in welche Notsituationen Menschen durch den Druck kamen, sich die mRNA-Impfung spritzen zu lassen.

Der Arzt stand vor der Wahl, den Impfstoff zu spritzen, um dessen Schädlichkeit er wusste, oder Impfbescheinigungen auszustellen, um Menschen aus einer Notlage zu befreien. Er hat sich für Letzteres entschieden.

Die Richterin erkannte keine Entschuldigungsgründe an. Sein Anwalt berichtete: »Als seine Frau Heinrich Habig, der über ein Jahr in U-Haft sitzt, an seinem Geburtstag im Gerichtssaal umarmen wollte, verhinderte Richterin Petra Breywisch-Lepping das durch das hektische Herbeirufen der Wachmeister. Sie ließ den Arzt lange in Hand- und Fußfesseln vorführen wie einen Gewaltverbrecher.« Über weitere Schikanen wird berichtet.

Die Richterin warf Habig eine »rechtsfeindliche Gesinnung« vor. Das zeigt uns, was heute unter »Recht« verstanden wird: Die Befehle des Staates sind Recht, es gibt kein Recht außer den Befehlen des Staates, der Staat bestraft Ungehorsam.

In der europäischen Tradition hingegen war man sich einig darin, dass auch Könige dem Recht unterstehen und dass das Recht nicht vom Staat gemacht wird. Deshalb nahm man auch ein Widerstandsrecht an, und daher war das Recht immer ein Hindernis für die Machtausweitung des Staates. Dieses Problem hat man inzwischen behoben, indem man dem Staat erlaubt, seine Befehle als »Gesetze« zu verabschieden, und dabei kein vom Staat unabhängiges Recht anerkennt.

Damit hat sich der Staat nicht nur an die Stelle Gottes gesetzt, sondern über Gott. Denn während Gott sich notwendig an das Recht hält, kann der Staat willkürlich handeln und befehlen. Es gibt kein diesseitiges Gericht mehr, das die Menschen vor dem Staat schützt. Aber der Staat kann nichts daran ändern, dass Dr. Habig in Wahrheit ein Held und im Recht ist.

Einen Ausschnitt des Plädoyers finden Sie in DW 139; eine Abschrift der vollständigen Apologie Habigs auf dem Blog des Kollegen Boris Reitschuster www.reitschuster.de.

Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter ist Philosoph und Theologe, er lebt mit seiner Familie im Fürstentum Liechtenstein. www.von-wachter.de



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

»Alle Macht den Studenten!«

Wie wir Wissenschaftsfreiheit sukzessive zerstören. Gedanken zum Fall der Professorin Heike Egner | Von Dr. Herthneck

Es klingt wie der erste Satz aus Dr. Franz Kafkas *Process* Roman von vor einhundert Jahren: »Irgendjemand musste Heike E. verleumdet haben, denn ohne dass sie etwas Böses getan hätte, wurde sie eines Tages entlassen.«

Wie zutiefst rückständig muss eine Gesellschaft und ihre Unkultur sein, damit sich solche Sätze beziehungsweise die Vorkommnisse, die sie beschreiben, so hartnäckig halten? Wie weit verbreitet und wie »normal« oder »en Vogue« muss solches Verhalten offenbar sein, wenn es so wenig brauchte, um die letzten drei Jahre ein Denunziantentum von derart fulminanten Ausmaßen erneut mitten unter uns auferstehen zu lassen? Wie tief muss eine »Gemeinschaft« sinken, damit selbst ihre höchsten Wissensträger nicht mehr vor infamsten Anfeindungen sicher sind? Dazu fallen sofort vier Namen ein, die teilweise an »Stalinistische Schauprozesse und Säuberungen« erinnern: Prof. Sucharit Bhakdi, Prof. Stefan Hockertz, Prof. Stefan Homburg, Prof. Ulrike Guerot.

Eine ähnliche Hexenjagd fand allerdings bereits vor der »Covidiotie-Zeit« – genauer: Jahre vor dem Virusmassenwahn respektive der Pandemie--Psychose – statt: Heike Egner studierte Publizistik, Geographie und Politikwissenschaft und promovierte auch an der Gutenberg-Universität zu Mainz 2001. Sie habilitierte sich 2007 dort zum Geographie-Thema »Mensch – Gesellschaft – Umwelt«. Es folgten mehrere Gastprofessuren in Deutschland und Österreich, bis sie 2010 den Ruf als Professorin an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt annahm. Seit 2011 leitete sie dort das Institut für Geographie und Regionalforschung, darf zudem auf internationales Renommee und Anerkennungen zurückblicken – bis sie am Freitag, 4. Mai 2018, 13 Uhr, vom Rektor ihrer Universität – einem Herrn Oliver Vitouch – in Begleitung einer Justiziarin in ihrem Dienstzimmer heimgesucht wurde: Ohne nachvollziehbare Begründung erhielt sie die fristlose Kündigung.

Es lässt sich vermuten, dass Heike Egner für diese Leute über drei Grundfehler verfügte: Erstens wagte sie sich als Deutsche nach Österreich, zweitens ist sie auch noch eine Frau, und drittens war sie offenbar nicht systemkonform genug. Seit mindestens 2015 schreibt sie kritische Stellungnahmen zur Gegenwart – auch über Kärnten – und 2021 erschien ihr kleiner aber gewichtiger Text »Corona- Impfung als Verstoß gegen den Nürnberger Kodex?« (noch abrufbar auf ihrer Webseite: www.heike- egner.net). Leider fehlt diesem der Schlusssatz, der aufgrund einer »dringenden Aufforderung« eben jenes inzwischen berühmt-berüchtigten »Rektors« der Uni-Klagenfurt gelöscht werden musste, und ursprünglich lautete: »Braucht es zweite ›Nürnberger Prozesse‹ zur Aufarbeitung des politischen Umgangs mit einem Virus?« Rektor Vitouch verdrehte diesen Satz derart im Orwellschen Sinne, dass er meinte, Professorin Egner »Wiederbetätigung« im Sinne der NSDAP (!) vorwerfen zu können.



Erhielt ohne nachvollziehbare Begründung von der Alpen-Adria Universität Klagenfurt die fristlose Kündigung: Professorin Heike Egner. Foto: privat.

Man denkt sofort an Größenwahn, wenn man erfährt, dass eben jener Rektor drohte, die Webseite (»QUERgedacht«) löschen zu lassen, wenn nicht innerhalb von 24 Stunden ihr Text dort geändert werde. Vitouch wirkt wie eine jener hasserfüllten, menschenverachtenden Machtfiguren, von denen es heuer ja leider genügend gibt, gerade in Machtpositionen, und über welche die Psychoanalytikerin Marie-France Hirigoyen in ihren Büchern »Masken der Niedertracht« und »Die toxische Macht der Narzissten« schreibt. Das Erschütterndste daran ist aber nicht jener frappierende Mangel an Anstand, Courage und Gewissen, sondern dass Oliver Vitouch allem Anschein nach auch noch Psychologe ist: Gerade er müsste es daher eigentlich besser wissen, dass man Menschen so nicht behandeln darf. Allerdings auch aus eigener Erfahrung: Gerade im psychologischen und im universitären Feld wird sich wie nirgendwo sonst mit solcher Inbrunst und Gewissenlosigkeit gegenseitig subtil kaputtgelebt.

Auf der Baustelle haut man sich halt mal eine Bierflasche über den Schädel und gut ist. Unter Akademikern – und vor allem wenn diese psychologisch verbildet sind – sind die Methoden hingegen derart unterschwellig, dass sie sich zunächst und zumeist Versprachlichungsversuchen entziehen. Das macht es natürlich schwierig, darüber zu reden – ebenso wie der bedauernswerte Trend zum Täterschutz durch Anonymitätswälle oder gleich zum Täter-Opfer-Tausch als typische Täter-Masche. Zugleich scheint dem Studenten immer mehr Macht zugestanden zu werden, da Hochschulen immer mehr zu Kapitalismuseinrichtungen verkommen: Die Güte eines Professors wird inzwischen an seinem Notendurchschnitt gemessen. Alle drei Aspekte scheinen bei Heike Egner zusammengekommen zu sein, da in ihrem Fall sogar der Betriebsrat, der eigentlich für sie als Angestellte hätte da sein müssen (!), heimlich-hinterhältig »Stasi-Akten« über sie anzulegen hatte.

Wie es für ein »demokratisches« System so üblich ist, wurde Frau Egner universitär keine Möglichkeit zur Abwehr möglichen Unrechts gegeben. Und wie so oft scheint auch hier ein feiger Hintergrundmob tätig gewesen zu sein, der unter anderem Rufmord an ihr begangen hat: Laut geheimen Zusatzprotokollen soll sie Mitarbeiter, Nachwuchskräfte und Studenten gemobbt haben. Auch mir persönlich sind ähnliche Fälle bekannt, in denen Hochschullehrer sanktioniert wurden, weil sie entweder besonders begabt oder besonders gesellschaftskritisch beziehungsweise menschlich waren oder weil irgendein Sprössling reicher Eltern nicht mit seiner Benotung einverstanden war. Nicht erst dadurch wird das Lehrer-Schüler-Verhältnis umgekehrt und pervertiert. Meinungsverschiedenheiten sind jedoch nie mittels *Mobbing*, *Bossing* oder sonstigen Gewaltformen zu lösen, sondern einzig in der unmittelbaren, argumentativen Auseinandersetzung – gerade in einem Gewaltsystem wie unserem.

Es bedarf also – wie Prof. Franz Ruppert 2018 in »Wer bin ich in einer traumatisierten Gesellschaft?« richtig beschrieb – eines auch im Dissens grundsätzlich wertschätzenden Umgangs miteinander, damit sich etwas ändert an unseren kollektiven Existenzbedingungen und wir echte Wissenschaft nicht verlieren. Niemand sollte jedenfalls wegen anonym vorgetragenen Vorwürfen entlassen werden, auch kein Professor, und eine negative Leistungsbeurteilung eines Schützlings ist kein Kündigungsgrund. Das Landesgericht Klagenfurt entschied dennoch im Mai 2022, dass die Entlassung Heike Egners rechtmäßig gewesen sein soll, und dieses »Urteil« (im Kafkaschen Sinne) wurde vom Oberlandesgericht Graz im März 2023 auch noch bestätigt. Gibt es eine richtige Professur in der falschen Gesellschaft? Und was sagt der Umgang mit Professoren über uns als »Gemeinschaft« als solche aus? Wer sich jedenfalls gegen das verordnete Narrativ ausspricht, der fliegt raus.

Wenn Sie als *DW*-Leser ebenso der Meinung sind, dass es so nicht weitergehen kann, bitte ich Sie um Ihre Unterstützung für Frau Egner, da sich nach nunmehr fünfjährigem Gerichtsgemetzel ihre finanziellen Ressourcen erschöpft haben. Mehr Infos finden Sie auf *https://gofund.me/0b1556b2*.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

VORDRUCK ZUR KOMMUNIKATION
MIT ORGANEN DES STAATSTERRORS

»Entschuldigen Sie bitte, aber wir haben Wichtigeres zu tun, als die Bedürfnisse Ihrer Abteilung bei [Amt] oder des [Richters] zu erfüllen. Dieser Staat inklusive der Richter usw. hat uns und unseren Kindern in den drei Jahren maßloses Unrecht angetan und vielen Millionen weiteren Menschen in unserem Land auch. Jeder Staatsvertreter oder sonst wer, der uns jetzt nochmal zu nahe tritt, muss mit totaler Gegenwehr rechnen. Es reicht. Reißen Sie sich zusammen und bleiben Sie weg!

Sagen Sie Ihrem Führer, Ihrer Leiterin oder wem auch immer, der Sie hierher schickt und wieder für irgendwas missbrauchen will, dass Sie zu viele Erkrankte haben oder dass die Anweisung verschwunden ist, dass niemand anzutreffen war oder was Sie wollen! Sie finden schon was in Ihren Dienstvorschriften.

Aber wenn Sie noch einmal versuchen, hier in unser Privates einzudringen, wird das nicht gut ausgehen. Was geschehen ist, was uns angetan wurde, wird sich nie wiederholen, weil wir es nie wieder hinnehmen werden. Wir reagieren in höchstem Maße gereizt, weil wir seit dreieinhalb Jahren in täglicher Todesangst leben müssen.«

– Aus einem Schreiben, das DW vorliegt

KAPITALISMUS BIS ZUM BITTEREN ENDE

Die schwerste Bankenkrise seit der Lehman-Pleite scheint für die USA vorerst überstanden und die Zahlungsunfähigkeit der größten Volkswirtschaft der Welt konnte im letzten Moment abgewendet werden. Ist nun die Welt des Kapitalismus wieder in Ordnung? | Von Rüdiger Rauls

Notenbank und Regierung der USA haben mit der Bereitstellung von Finanzmitteln und Bürgschaften verhindern können, dass der Untergang mehrerer mittelgroßer Banken sich zu einer großen Finanzkrise ausweitet. Kaum ist an dieser Front Ruhe eingetreten, tun sich bereits neue Abgründe auf.

Das Beben rund um die Silicon Valley Bank hat zum Abfluss von »fast 600 Milliarden Dollar … aus dem US-Bankensystem« geführt, wie die *FAZ* am 16. Juni 2023 feststellte. Ein Großteil dieser Gelder wurde längerfristig in Geldmarktfonds angelegt. Das kommt der US-Regierung sehr ungelegen, wo doch gerade jetzt der amerikanische Staat auf jeden kaufwilligen Investor angewiesen ist. Denn die USA, die reichste Volkswirtschaft der Welt, sind knapp bei Kasse, wie der Streit um die Anhebung der Schuldenobergrenze deutlich machte.

Schon jetzt erreichen die Staatsschulden die unvorstellbare Summe von rund 31,5 Billionen Dollar. Die Einigung im Streit um die Schuldenobergrenze erlaubt eine Erhöhung um zusätzliche 1,5 Billionen. Da die US-Regierung sich während dieser Auseinandersetzung keine neuen Mittel beschaffen durfte, ist nun der staatliche Finanzierungsbedarf entsprechend groß.

Die US-Bank J.P. Morgan schätzt, dass die Regierung bis September 2023 neue Gelder in Höhe von 850 Milliarden Dollar über Anleihen aufnehmen muss. Nur so kann der Staat seine Zahlungsverpflichtungen erfüllen und weiter funktionieren. Ausgerechnet die reichen westlichen Staaten sind die am höchsten verschuldeten und verfügen nicht über genügend Einnahmen, um die Staatsausgaben zu schultern.

Im Geschäftsjahr 2023 hatte die US-Regierung laut Angaben des dortigen Schatzamtes Staatseinnahmen von 2,99 Billionen Dollar, denen aber Ausgaben von 4,16 Billionen gegenüberstanden. Angesichts ihrer gewaltigen Verschuldung ist die US-Regierung abhängig von der Bereitschaft privater Anleger und institutioneller wie Geldmarkt-Fonds, ihr Geld in amerikanischen Staatspapieren anzulegen. Anderenfalls ist die Zahlungsfähigkeit des Landes in Gefahr. Doch Finanzministerin Janet Yellen hat Zweifel, ob »die Geldmarktfonds die Anleiheflut des US-Staates allein aufnehmen können«. So zitierte sie die *FAZ* am 16. Juni 2023.

INTERESSENKONFLIKTE

»Alleine in den letzten vier Quartalen … musste die US-Regierung auf die gesamte Staatsverschuldung 853 Milliarden Dollar an Zinsen bezahlen«, stellte das *Online*-Medium *Finanzmarktwelt* am 20. April 2023 fest. Das entspricht fast einem Drittel der gesamten Staatseinnahmen des Landes von 2,99 Billionen Dollar. Dabei wachsen die Zinsforderungen schneller als die Wirtschaftsleistung zunimmt. Allein innerhalb eines Jahres haben sie sich von 600 Mrd auf 853 Mrd Dollar erhöht und das bei wesentlich niedrigeren Zinssätzen als den aktuellen.



Corona und Nato-Krieg überlagern den Zusammenbruch des US-Finanzmarktkapitalismus. Foto:DW

Erschwerend kommt hinzu, dass zu den größten Gläubigern der USA nicht nur private und institutionelle Anleger gehören, sondern auch Staaten wie China, mit denen die USA immer heftiger in Konflikt geraten. Russland hat seinen Bestand an US-Anleihen bereits weitgehend abgebaut und der chinesische sinkt auch. Das bedeutet, dass bei steigendem Finanzbedarf der USA die Kundschaft für deren Anleihen schrumpft. Das Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nach amerikanischen Staatsanleihen scheint sich auszuweiten.

Die politischen Folgen dieser Situation haben sich bereits während des Streits um die Erhöhung der Schuldenobergrenze angedeutet und dürften in den nächsten Jahren immer mehr in den Vordergrund treten. Wessen Interessen wird die amerikanische Regierung bei einer Verschärfung der Schuldenlage zuerst bedienen? Erfüllt sie die Zinsforderungen ihrer Gläubiger oder aber wiegen für sie die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung schwerer? Beides zu bedienen, wird immer schwieriger.

Geht immer mehr Geld aus den Staatseinnahmen in die Zinsaufwendungen, wird die Regierung Abstriche machen müssen an den staatlichen Leistungen gegenüber der eigenen Bevölkerung, wenn es zu keiner wesentlichen Steigerung der Wirtschaftsleistung kommt. Denn die Alternative wäre die Reduzierung oder gar Einstellung der Zinszahlungen, was dem Zahlungsausfall gleich käme. Dieses Vorgehen aber wird durch die amerikanische Verfassung selbst verboten. Der 14. Zusatzartikel stellt klar, dass »der Wert der amerikanischen Staatsschulden nicht infrage gestellt werden dürfe«.

Würde irgendeine amerikanische Regierung die Zinszahlungen nicht erfüllen, würde sie gegen die amerikanische Verfassung verstoßen und sich einer Welle von Klagen gegenübersehen, die zugunsten der Gläubiger ausgehen dürften. Zudem würde wohl kaum ein Anleger noch amerikanische Staatsanleihen kaufen. Vielmehr wäre mit einer Verkaufswelle zu rechnen, denn jeder würde verkaufen wollen, solange die Papiere noch einen gewissen Gegenwert haben. Die Folge wäre ein Anstieg der Zinsen in astronomische Höhen.

So bleibt den USA gar nichts anderes übrig, als dem systemischen Rivalen China, dessen Aufstieg man mit aller Macht verhindern will, weiterhin seine Zinsen zu zahlen auf den Anleihebestand von etwa einer Billion Dollar, während die eigene Bevölkerung Gefahr läuft, die Gürtel enger schnallen zu müssen. Insofern sind die Drohungen der USA gegenüber China etwas vollmundig. Die Amerikaner sind von chinesischem Wohlwollen viel stärker abhängig als umgekehrt. Eine Verkaufswelle aus China wäre eine Katastrophe für die amerikanische Wirtschaft.

Die Prioritäten sind klar: Zinsen und Tilgungen gehen vor, alle anderen Zahlungen müssen warten. Das gilt auch für die Zahlungen an die ungefähr 60 Millionen Rentenbezieher. Im Konflikt zwischen den Interessen der Investoren und der eigenen Bevölkerung, werden die Regierungen der USA denen der Investoren den Vorzug geben müssen – aus rechtlichen wie auch aus wirtschaftlichen Gründen.

KAPITAL-KANNIBALISMUS

Die führenden kapitalistischen Staaten, allen voran die USA, taumeln dem finanziellen Zusammenbruch entgegen, wenn sich an den derzeitigen Gegebenheiten nichts ändert. An der Zahlungsverpflichtung für den Schuldendienst führt kein Weg vorbei. Es bleibt ihnen folglich nur, die Ausgaben für die Bevölkerung einzudampfen, oder aber die Wirtschaftsleistung muss in einem Maße gesteigert werden, dass höhere Staatseinnahmen zum Abbau von Schulden und der Verringerung der Zinsverpflichtungen führen.

Darin aber gerade liegt das Problem für die Gesundung der westlichen Staatsdefizite. Besonders die bisherigen staatlichen Maßnahmen zur Steigerung der Wirtschaftskraft sind ein bedeutender Beitrag zur Verschuldung der Staaten. Speziell bei den USA kommen die gewaltigen Ausgaben für Rüstung und Kriegsführung hinzu, bei denen aber auch in Zukunft gemäß dem Kompromiss zwischen Demokraten Republikanern nicht gespart werden soll.

Die Ertragskraft der Wirtschaft in den führenden kapitalistischen Staaten reicht nicht aus, um die staatlichen Ausgaben zu finanzieren. Um diesen Niedergang der Ertragskraft aufzuhalten, hatten die Regierungen immer mehr Zugeständnisse an die Wirtschaft gemacht. Unternehmenssteuern wurden in Milliardenhöhe gesenkt, um den Wirtschaftsstandort für Investoren attraktiv zu machen oder seine Attraktivität für die ansässigen Unternehmen zu erhalten. Eine Beschleunigung der Verschuldung erfährt die westliche Wirtschaft durch die Sanktionen gegenüber Staaten, die sich nicht den westlichen Vorstellungen unterwerfen wollen. Diese Sanktionen schädigen immer mehr die eigene Wirtschaft statt die der Sanktionierten. Das wird im Konflikt mit Russland, aber auch mit China immer deutlicher. Westliche Unternehmen müssen sich aus lukrativen Märkten zurückziehen und Umsatzeinbußen hinnehmen. Das mindert ihre Ertragskraft. Wenn auch Markt und Ertragskraft westlicher Unternehmen schwinden, die Verschuldung und Zinsverpflichtungen ihrer Staaten jedoch werden nicht geringer. Inzwischen ist ein neuer Subventionswettlauf unter den westlichen Staaten entbrannt. Man wirbt sich gegenseitig die Unternehmen ab. Der Wertewesten kannibalisiert sich selbst.

Besonders die Europäische Union und die USA überbieten sich gegenseitig mit staatlichen Zuwendungen für Unternehmen, die sich im jeweiligen Wirtschaftsraum ansiedeln wollen. Ständig werden neue Förderprogramme aufgelegt, um Zukunftsindustrien wie die Produktion von Batterien, Solartechnologie oder Chips anzulocken oder selbst aus dem Boden zu stampfen. Das kostet enorm viel Geld und der Erfolg ist zweifelhaft. Denn der Vorsprung Chinas in vielen dieser Industrien scheint uneinholbar. Im Vergleich dazu ist die heimische Industrie ein »Trabi mit kaputtem Motor«, wie die *FAZ* am 19. Juni 2023 einen Artikel betitelte.

Während die westlichen Staaten die Zinsen erhöhen müssen, um Kapital anzulocken oder die Inflation zu bekämpfen, hat China zuletzt Zinsen auf 1,9 Prozent gesenkt und steigert mit den dadurch sinkenden Investitionskosten die Ertragslage seiner Unternehmen. Während die USA die Zinsen erhöhen müssen, um Anleger für ihre Anleihen zu finden, profitiert China von den höheren Zinsen des systemischen Rivalen USA.

AUSWANDERN ODER STANDHALTEN

DW-Interview mit dem Politikwissenschaftler Ullrich Mies,
➲ Seiten 12 und 13





WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

NA, DANN PROST DEUTSCHLAND!

Gemeinsames Radeln durch die Städte – fürs Klima, versteht sich – boomt. Ebenso alkoholfreies Bier. Ja, eines muss man den Deutschen lassen: Bier brauen können sie – trendig und geschmackvoll, für jeden was dabei, mehr und mehr auch alkoholfrei.

Die Zeiten des schlechten Geschmacks beim alkoholfreien Bier sind längst vorbei. 670 Millionen Liter davon haben die insgesamt 1.500 deutschen Brauereien im Jahr 2022 produziert. Das ist schon eine stattliche Zahl. Na, dann Prost Deutschland!

Beim Radeln sieht es dagegen ganz anders aus. Da fragt sich der Selbstdenkende: Warum braucht es medial propagierte, der Wahrheit in keiner Weise entsprechende, drohende Klimakatastrophen, um die Menschen vom Verbrenner weg aufs Rad zu bringen? Möglich, dass die jungen Radler nicht wissen, wie das Wetter früher war – aber ihre Eltern? Die sind nicht selten gestandene Unternehmer, die sich in ihren Betrieben doch auch nicht belügen lassen. Sie sind einst mit dem Rad viele Kilometer in die Schule geradelt. Eltern-Taxis beziehungsweise Helikoptereltern gab es damals noch nicht. Na, dann Prost Deutschland!

Wenn wir also wollen, dass diese Generation – auch in unternehmerischer Hinsicht – in unsere Fußstapfen treten soll, müssen wir jetzt anfangen, sie mit den Wahrheiten zu konfrontieren. Am besten beginnen wir damit in unserem eigenen Umfeld: Je mehr wir da bewirken, desto schneller werden sich die Dinge auch ändern. Wir müssen ihnen zeigen und vorleben, wie man diesem total maroden und auf Lügen aufgebauten System mit all den Politikern, die unser Land verraten, ordentlich in den Hintern tritt. Bitte einmal zurück auf Start! Es ist wirklich überfällig.

Die internationale Schifffahrt soll bis 2050 klimaneutral werden. Ehrlich, derartige Meldungen sind kaum noch zu ertragen. Auch hierbei geht es nicht wirklich um Umweltschutz, vielmehr wird die nächste Sau durchs Dorf getrieben – von globalen Faschisten. Mittelstand, wach endlich auf!
Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany!*

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

Den Blinden die Augen öffnen

Politische Botschaften: Berliner Autohändler Quinque macht nun doch weiter | Von Klaus Müller

Über Bernd Quinque berichtete der *DW* bereits in den Ausgaben 132 und 134. Zur Erinnerung: Der Unternehmer betreibt in Berlin-Pankow ein Autohaus und nutzte die Fensterscheiben seines Betriebes mehr als zwei Jahre lang für politische Botschaften, um die Menschen wachzurütteln beziehungsweise – anders formuliert – um den Blinden die Augen zu öffnen.

Im Mai hatte der 70-Jährige seine Aktion, die in der Hauptstadt für viel (auch medialen) Wirbel sorgte, allerdings beendet. Sein Fazit damals: Das deutsche Volk würde sich von der eigenen Regierung »ohne jegliche Regung seine Errungenschaften« nehmen lassen, was »beschämend und feige« sei. Quinque klang ernüchternd, fast ein bisschen resignierend. Doch nun folgte nur rund fünf Wochen später bereits das überraschende *Comeback*. In zwei seiner drei neuen Slogans kritisiert Quinque einmal mehr die Kriegstreiberei, die viele Menschenleben vernichte, die deutsche Wirtschaft bewusst zerstöre und unseren Nachkommen einen riesigen Schuldenberg hinterlasse. »Nur eine Nation«, so Quinque, »ist der große Gewinner: Das sind die USA.«

Was war für ihn ausschlaggebend, seine Aktion wieder fortzuführen? Der entscheidende Grund sei der Zuspruch vieler Menschen gewesen. Er habe unzählige positive Mails bekommen, zudem kamen Leute direkt ins Autohaus und fragten nach, warum er denn aufgehört habe. »Die Botschaften waren für viele Leute eine Stütze und Orientierungshilfe, was mich dazu bewegt hat, nun doch weiterzumachen«, erklärte der Unternehmer gegenüber dem *DW*. Schon gleich am ersten Tag wurden die neuen Parolen von Kunden und Passanten positiv zur Kenntnis genommen und fleißig abfotografiert. »Mein Autohaus ist inzwischen zu einem Treffpunkt geworden für normaldenkende Menschen«, freut sich Quinque.

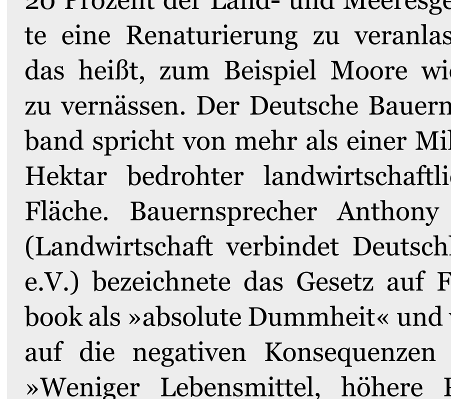
Zuversichtlich stimme ihn zudem der Höhenflug der AfD, die in Sonneberg mit Robert Sesselmann erstmals einen Landrat stellt (Foto, unten rechts). »Die AfD ist derzeit die einzige Partei in Deutschland, die die Interessen von drei Viertel der Bevölkerung vertritt«, sagt Quinque, der große Hoffnung in die Partei setzt, ihr jedoch keineswegs blind vertraut. »Es wäre toll, wenn die AfD tatsächlich eine echte Opposition ist. Manchmal frage ich mich aber, ob sie nicht in Wirklichkeit nur gesteuert ist. Sollte dies der Fall sein, wäre es eine Katastrophe», äußert er vorsichtige Skepsis.

Unterm Strich überwiegen bei ihm momentan aber wieder Optimismus und Tatendrang. Der nächste Slogan sei bereits in Planung. Quinque verspricht: »Ich werde jetzt erstmal auf unbestimmte Zeit weitermachen. Versprochen!«

MELDUNG

US-INFLATIONSRATE SINKT SPÜRBAR

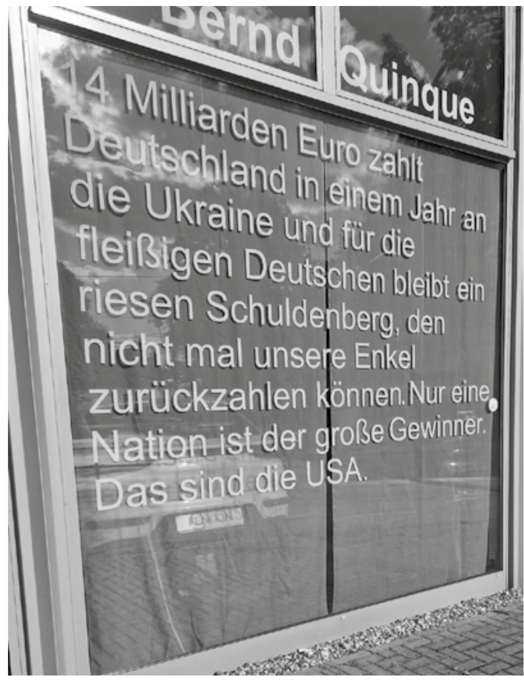
Washington/Wiesbaden/DW. Die US-Inflation ist laut US-Arbeitsministerium im Juni erneut deutlich gesungen. Gegenüber dem Vorjahresmonat erhöhten sich die Verbraucherpreise um 3,0 Prozent. Dies sei der kleinste Anstieg seit März 2021. In Deutschland sieht es dagegen anders aus: Das Statistische Bundesamt gab am Dienstag bekannt, dass die Inflationsrate hierzulande im Juni bei 6,4 Prozent lag. Im Mai hatte sie noch bei 6,1 Prozent gelegen. (kmü)



EU-PARLAMENT STIMMT FÜR RENATURIERUNGSGESETZ

Straßburg/DW. Das Europaparlament hat sich nach wochenlangen Debatten am Mittwoch mit knapper Mehrheit für ein äußerst umstrittenes Naturschutzgesetz ausgesprochen. Beschlossen ist das Gesetz damit allerdings noch nicht. Es sieht vor, bis 2030 für mindestens 20 Prozent der Land- und Meeresgebiete eine Renaturierung zu veranlassen, das heißt, zum Beispiel Moore wieder zu vernässen. Der Deutsche Bauernverband spricht von mehr als einer Million Hektar bedrohter landwirtschaftlicher Fläche. Bauernsprecher Anthony Lee (Landwirtschaft verbindet Deutschland e.V.) bezeichnete das Gesetz auf Facebook als »absolute Dummheit« und wies auf die negativen Konsequenzen hin: »Weniger Lebensmittel, höhere Preise, mehr Abhängigkeit, weniger Klimaschutz.« (kmü)









Aktion beendet? Denkste! Dies sind die neuen drei Slogans von Bernd Quinque. Fotos: privat.



ZITAT DER WOCHE

Foto: Commons

»Wenn eine Regierung anfängt, die Bevölkerung zu beleidigen, weil sie ihre demokratischen Rechte in Anspruch nimmt, dann muss man sich die Frage stellen: Wen müsste eigentlich der Verfassungsschutz untersuchen?«

Roger Köppel, Chefredakteur des Schweizer Wochenmagazins *Die Weltwoche*, über den Wahlsieg der AfD in Sonneberg (Thüringen) und den Vorwurf, die Partei und ihre Wähler seien undemokratisch

KONTO DICHT!

Sie haben es wieder getan! Die nächste Bank schloss im April dieser Zeitung das Konto, weil wir die Opposition der Gegenwart in dieser Zeitung zu Wort kommen lassen.

Mittlerweile ist es die zwölfte Bank, die im Verbund mit Geheimdiensten die demokratische Opposition bekämpft. Doch wir haben vorgesorgt. Diese Bankverbindung funktioniert:

Die neue Bankverbindung für Abos, Spenden und Verteilung ist:
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus

IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

DER WESTEN WIRD ZUNEHMEND ISOLIERT

BRICS-Staaten wollen Dollar als Weltleitwährung überwinden
Von Felix Feistel

Immer mehr schließen sich Entwicklungs- und Schwellenländer zusammen. Der Westen wird dabei ignoriert und gerät dadurch zunehmend ins Hintertreffen.

So tagte die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) vergangene Woche virtuell in Indien. Dabei wurde die Erklärung von Neu-Delhi verabschiedet. In dieser heißt es: »Die Mitgliedstaaten bekräftigen ihr Engagement für die Schaffung einer repräsentativeren, gerechteren, demokratischeren und multipolaren Weltordnung, die auf den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts, des Multilateralismus, der gleichberechtigten, gemeinsamen, unteilbaren, umfassenden, kooperativen und nachhaltigen Sicherheit, der kulturellen und zivilisatorischen Vielfalt sowie der für beide Seiten vorteilhaften und gleichberechtigten Zusammenarbeit der Staaten mit einer zentralen Koordinierungsrolle der Vereinten Nationen beruht.

Die Mitgliedsstaaten verfolgen eine Politik, die Blockbildung, ideologische und konfrontative Ansätze ausschließt, um die Probleme der internationalen und regionalen Entwicklung anzugehen.«

Weiter heißt es, dass den Mitgliedsstaaten eine Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder nicht erlaubt sei, auch nicht unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung. All das bringt eine deutliche Ablehnung westlicher Methoden in der internationalen Politik zum Ausdruck. Neben Russland, China, Indien, Pakistan, Kasachstan, Kirgisistan, Usbekistan und Tadschikistan ist nun auch der Iran als neunter Staat in die SOZ aufgenommen worden. Weißrussland, das gemeinsam mit der Mongolei als Beobachter an dem Treffen teilnahm, soll im kommenden Jahr als weiteres Mitglied dazukommen. Daneben war noch das unabhängige Turkmenistan als Gast geladen.

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko schlug die vollständige Integration der SOZ und der BRICS vor, die auch die Eurasische Wirtschaftsunion (EAEU) umfassen soll. Im August richtet zudem Südafrika einen Gipfel des Wirtschaftsformates BRICS aus. Dabei wird auch eine Erweiterung des Formates auf der Tagesordnung stehen. Seit der Westen im vergangenen Jahr damit begonnen hat, immer neue Sanktionen gegenüber Russland zu verhängen, ist die Zahl der Staaten, die dem Format beitreten möchten, auf 41 angewachsen. Darunter befinden sich auch NATO-Partner wie die Türkei oder Saudi-Arabien.

Die BRICS-Staaten arbeiten schon seit geraumer Weile daran, den Dollar als Weltleitwährung zu überwinden und rechnen ihren Handel teilweise schon in Yuan und Rubel ab, was die US-amerikanische Dominanz im Welthandel schwächt. Die russische Regierung bestätigte zudem Gerüchte, dass auf dem nächsten Gipfeltreffen eine neue goldgedeckte BRICS-Währung vorgestellt wird. Der russische Präsident Putin erklärte darüber hinaus, dass die BRICS-Staaten alternative Mechanismen für den internationalen Zahlungsverkehr entwickeln.

Zudem hat der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa alle afrikanischen Staatschefs eingeladen, am letzten Tag des Treffens teilzunehmen. Bitten westlicher Vertreter, ebenfalls zu dem Treffen anzureisen, wie sie der französische Präsident Emmanuel Macron geäußert hat, wurden dagegen zurückgewiesen. Stattdessen hat Südafrika neben den afrikanischen Regierungschefs auch Staats- und Regierungschefs des Verbandes der Südostasiatischen Nationen, der Karibischen Gemeinschaft sowie die gesamte Gruppe 77 (G77) eingeladen, ein 1964 gegründeter Zusammenschluss von Staaten des globalen Südens innerhalb der UN, der mittlerweile 134 Staaten umfasst.

Der Rest der Welt wendet sich damit immer sichtbarer vom Westen ab. Deutlich wurde dies auch bei jüngeren Auslandsreisen der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) in Afrika und der Mongolei. Dort blitzte sie mit ihren Vorstößen weitestgehend ab.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

Japan will radioaktives Wasser ins Meer leiten

Regierungen angrenzender Staaten kritisieren das Vorhaben | Von Felix Feistel

Die japanische Regierung plant, die aus dem 2011 havarierten Atomkraftwerk Fukushima stammenden Abwässer ins Meer einzuleiten. Das Kraftwerk war 2011 von einer Flutwelle zerstört worden. In der Folge waren drei der Blöcke havariert, es kam teilweise zu Wasserstoffexplosionen und Kernschmelzen, zu deren Kühlung Wasser in die Kraftwerksblöcke eingeleitet und dieses dadurch mit radioaktivem Material verunreinigt wurde. Es soll nun ins Meer verklappt werden.

Der britische *Guardian* spricht von 1,3 Millionen Kubikmetern Wasser, die den Plänen zufolge auf diese Weise entsorgt werden sollen. Dieses ist bislang in großen Tanks auf dem Gelände des Kraftwerks gelagert. Die Strahlenwerte des Abwassers betrugen Angaben des japanischen Energieministeriums zufolge 60.000 Becquerel pro Liter Wasser. Ein Becquerel entspricht einem atomaren Zerfall pro Sekunde. Durch Filtern und Verdünnen mit Meerwasser soll dieser Wert auf 1.500 Becquerel reduziert werden, bevor das Wasser ins Meer entsorgt wird. Dabei werden alle Schadstoffe bis auf das Isotop Tritium aus dem Wasser entfernt. Das Vorhaben wurde auch von der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) begutachtet und abgesegnet. Das Wasser stelle ein »vernachlässigbares« radioaktives Risiko für Umwelt und Mensch dar, wie der Bericht der Behörde erklärt. Zwei Jahre hatte sie die Pläne geprüft, um schließlich am Mittwoch, 5. Juli, grünes Licht zu geben. Von der japanischen Atomaufsichtsbehörde gab es dies bereits im Mai. Die IAEA verwies darauf, dass die radioaktive Belastung des gefilterten und verdünnten Wassers unterhalb der WHO-Grenzwerte liegen würde.

Von dem Wasser selbst ginge daher keine relevante Gefahr aus. Jedoch besteht die Möglichkeit, dass sich die radioaktiven Zerfallsprodukte in der Nahrungskette, beispielsweise in Fischen, anreichern und somit auch zu einer Gefahr für die Menschen werden. Dann könne das Tritium, auch als schweres Wasser bezeichnet, für den Menschen zu einem Risiko werden. Dabei handelt es sich um einen Beta-Strahler, der harmlos ist, so lange er von außen auf den Menschen einwirkt, da die Strahlen die Haut nicht zu durchdringen vermögen. Gelangt das Tritium allerdings in den Körper, kann es dort Schäden am Erbgut anrichten, was zu Krebs und anderen Krankheiten führen kann. Betroffen wären insbesondere asiatische Länder, da deren Ernährung viele Meeresfrüchte enthält. Deswegen protestieren auch Fischer aus mehreren Ländern gegen das Vorhaben. Vor allem japanische und südkoreanische Fischer sprechen sich deutlich gegen das Vorhaben aus. Vor der japanischen Botschaft in Südkorea kommt es immer wieder zu Protesten und auch zu Hungerstreiks.



Das Kernkraftwerk im japanischen Fukushima. Foto: Commons

Auch die Regierungen angrenzender Staaten kritisieren das Vorhaben. So bestärkte China, das schon bei Ankündigung der Pläne im Jahr 2021 diese als »unverantwortlich« kritisiert hatte, seine Kritik erneut und fordert, die Entsorgung aufzuschieben. Der Außenminister der Volksrepublik erklärte, dass das Meer nicht Japans privater Abwasserkanal sei. Auch Hongkong droht »rigorise Maßnahmen« an, zum Beispiel ein Einfuhrverbot japanischer Produkte. Die Entsorgung soll im August beginnen und könnte bis zu 30 Jahre dauern.

MELDUNG

NATO GEGEN CHINA CHINA GEGEN NATO

Peking/DW. Die Regierung Chinas traf laut Medienberichten am 4. Juli den Entschluss, die Ausfuhr bestimmter Metalle wie Gallium und Germanium zu reduzieren. Als offizieller Grund wird »der Klimawandel« angegeben. Viele Experten sehen diesen Schritt jedoch als eine erste Gegenreaktion auf Sanktionen und Ausfuhrbeschränkungen des Nato-Westens. Beide Metalle sind für die moderne Technologie unabdingbar. Sie kommen in Halbleiterchips ebenso zum Einsatz wie in Solarzellen, aber auch in Kriegsausrüstung wie Nachtsichtgeräten. (ff)

KOKS-FUND IM WEISSEN HAUS

Washington/DW. Wegen einer unbekannten Substanz wurde das Weiße Haus am 4. Juli vorsorglich evakuiert. Die Substanz sei jedoch rasch als Koka-in identifiziert worden. Daraufhin wurde die Evakuierung aufgehoben. Die Herkunft des Kokains ist noch nicht bekannt. Medienangaben zufolge soll die letzte US-Reise Jens Spahns (CDU) viele Monate zurückliegen. Spahn wurde mehrfach mit Kokainsucht in Verbindung gebracht. Die Behören waren alarmiert, da in der US-Hauptstadt zuvor einige Sprengstoffanschläge unternommen worden seien. (ff/hes)

BAUERNPARTEI BBB KÖNNTE BALD REGIEREN

Den Haag/DW. In den Niederlanden ist die Vier-Parteien-Koalition von Ministerpräsident Rutte an einer strengeren Einwanderungspolitik zerbrochen. Nun dürfte es im Herbst zu Neuwahlen kommen. Dann hätte die erst vor vier Jahren gegründete Bauern-Bürger-Bewegung BBB mit ihrer Vorsitzenden Caroline van der Plas gute Erfolgsaussichten. Ruttes Partei VVD lag bei der letzten Umfrage mit 28 Sitzen im Repräsentantenhaus zwar als stärkste Fraktion noch vor der BBB (23 Sitze), jedoch fand diese bereits Ende Juni statt. In Anbetracht der umstrittenen Stickstoff-Politik in der EU und den damit verbundenen drohenden Enteignungen von landwirtschaftlichen Betrieben blicken auch die deutschen Bauern zuversichtlich ins Nachbarland. »Wir müssen genauso kämpfen, wie es die Holländer getan haben», gibt sich Landwirt Christian Lohmeyer aus Bükken (Niedersachen) kämpferisch. (kmü)

HUNGER AUF DEM VORMARSCH

New York/DW. 735 Millionen Menschen litten 2022 an Hunger und Unterernährung – 122 Millionen Menschen mehr als vor der Implementierung der Corona-Maßnahmen 2020. Dies geht aus dem Welthungerbericht der Vereinten Nationen hervor, der am 12. Juli veröffentlicht wurde. Durch den Abbruch der Lieferketten 2020 und 2021 war der Hunger in der Welt massiv angestiegen (DW berichtete). Als zusätzlicher Faktor kam nun der Krieg um die Ukraine hinzu. (hes)

Auswandern oder stan
Politisches Exil oder W

Auszug aus einem Gespräch von DW-Herausgeber und Chefred Politikwissenschaftler Ullrich Mies, in dessen neuem Buch 18 A das Heimatland zu verlassen oder aber sich mit der neuen Situ

Anselm Lenz: Herr Mies, in Ihrem Buch nehmen Sie unter anderem Bezug auf den belgischen Psychoanalytiker und Psychologen Mattias Desmet. Dieser konstatierte, 30 Prozent der Gesellschaft seien quasi von den Herrschenden und den Herrschaftsmedien hypnotisiert, wohingegen die Mehrheit eher nur so mitlaufe, sich aber nicht weiter kritisch äußere, und eine Minderheit von 20 Prozent in der Lage sei, sich kritisch zu äußern – oder zum Beispiel die Entscheidung zu treffen, auszuwandern. Einige jener Auswanderer haben Sie nun in Ihrem Buch versammelt. Es ist erstaunlich, wie viele Ärzte, Journalisten, Juristen darunter sind, sowie auch Menschen, die vorher schon kritisch agiert und publiziert haben. Gibt es eine verbindende Linie, die Sie Ihren Autoren attestieren würden?

Ullrich Mies: Also generell, unabhängig davon, ob sie jetzt im eigenen Land geblieben sind – weil sie sich gesagt haben, ich denke gar nicht daran, mich hier vertreiben zu lassen, auch wenn ich jede Menge Nachteile, Drangsalierereien oder Terrorisierereien in Kauf zu nehmen habe – oder aber ausgewandert sind: Eine wichtige allgemeine Linie ist das absolute Unverständnis und das nicht mehr Hinnehmen wollen dieser schrecklichen Zustände in Deutschland, dieser erlebten Atmosphäre eines geistigen Mehltaus, der sich übers ganze Land gelegt hat. Manche haben mir gesagt, sie sind nicht nur massiv enttäuscht, sondern sie ekeln sich vor der gesamten Entwicklung, vor diesen Regierungen, aber auch vor den Menschen, die das alles wieder mitmachen. Das hatten wir doch schon mal – nur anders. Genau das ist die Situation. Ich bin auch ein Kind der Nachkriegszeit. Aber ich habe zumindest so viel mitgekriegt, dass ich das, was in der Zeit des Hitler-Faschismus passiert ist, mit Sicherheit nicht nochmal in irgendeiner Weise selber durchleben werde müssen. Und viele Menschen, mit denen ich heute Kontakt habe, kommen aus Ost-Deutschland. Wenn sie etwas älter sind, haben sie noch die Erfahrung des SED-Unterdrückungsregimes im Nacken. Und nun sehen die: Augenblick mal, 1990 hat der Westen gewonnen und jetzt falten die das ganze Land um und transformieren alles auf eine Art und Weise, die wir doch schon kennen. Viele, die wir in dem Buch versammelt haben, sind in unterschiedliche Länder ausgewandert. Diese Länder sind sicherlich nicht repräsentativ. Es sind Menschen dabei, die nach Paraguay gegangen sind, andere gingen nach Bulgarien und Kanada – was ich vor dem Hintergrund der politischen Verhältnisse dort nicht verstehen kann – bei dieser Dame waren es sehr persönliche Gründe.

A.L.: Aus Schweden schreibt Sophia-Maria Antonulas, der Aufklärungsjournalist Kayvan Soufi-Siavash ist auch vertreten, ebenso Spanien, die Niederlande, eben vielfach Paraguay, Polen, Chile, Russland, Bulgarien, Österreich, Dänemark. Es wird vielfach in den Texten darüber nachgedacht, welche Auswahl man treffen könnte. Ihr Verleger, Tom Zwitser, schreibt darüber, warum er in den Niederlanden bleibt. Es gibt ja die Möglichkeit: Hierbleiben und kämpfen oder hierbleiben und in die innere Migration gehen – oder flüchten. Was ist der Querschnitt bei denen, die gegangen sind: Ist es im Ausland besser geworden?

U.M.: Bei einer ganzen Reihe von denen, die gegangen sind, konnte es nur besser werden. Ein Beispiel: Einer besonderen Verfolgung ausgesetzt waren kritische Ärzte. Denen wurden von Rollkommandos die Türen eingetreten und die Existenz ruiniert, weil sie angeblich falsche Maskenatteste ausgestellt hattenen. Das heißt, der Ausnahmestaat ist hingegangen, hat sich ein Argument gesucht, um gegen kritische Ärzte *in toto* vorgehen zu können und hat dann diese Maskennummer ausgegraben. Und was viele Menschen noch immer nicht geschnallt haben: Diese FFP2-Masken sind Feinstaubmasken und gegen Viren nicht geeignet. Die haben hier also staatlicherseits einen Popanz aufgebaut, um gegen kritische Ärzte vorgehen zu können.

A.L.: Offenbar waren der Alltagsfaschismus und die Bereitschaft, sich selber im vorauseilenden Gehorsam zu willigen Vollstreckern zu machen, nirgends so ausgeprägt wie in der BRD. Das gilt auch für die Repressalien seitens des Regimes. Dadurch war eine große Anzahl von Menschen der Ansicht, man müsse dieses Land verlassen, man könne hier nicht mehr leben, weil man unmittelbar physisch der Verfolgung ausgesetzt war, bedroht und seiner Existenz beraubt wurde oder zumindest kurz davor stand. Was ist den Menschen widerfahren, dass es so schlimm war von 2020 bis 2022 in der BRD und immer noch ist, dass Ihre Autoren gegangen sind?

U.M.: Ein paar Stichworte haben Sie ja schon genannt, Herr Lenz. Etwa die physische Bedrohung. Wenn man Sie morgens aus dem Bett holt, um sechs Uhr in der Früh die Türe eintritt, dann ist das ja eine Form der physischen Bedrohung, besonders dann, wie es einigen Ärzten passierte, wenn sie von diesem ach so demokratischen Staatsapparat mit einer Waffe bedroht werden. Aber


DW-Herausgeber Anselm Lenz (li.) und Politikwissenschaftler Ullrich Mies im Ferninterview der Journalistenplattform apolut.net

Herr Lenz, es muss nicht unbedingt solche Formen der totalen physischen Bedrohung annehmen. Es reicht bereits die Existenzvernichtung. Überlegen Sie mal: Sie haben eine Arztpraxis und die wird morgen auf null gesetzt. Sie können die entweder nicht mehr betreten oder man hat sie arbeitsunfähig gemacht. Meinem Freund Walter Weber ist es auch in dieser Form passiert. Er wurde zwei Mal überfallen. Bei ihm haben sie sämtliche elektronische Medien abgeräumt und meines Wissens hat er die bis heute nicht zurückgekriegt. Das ist ja nichts anderes als eine Form des Staatsterrors.

A.L.: Walter Weber ist der Gründer von *Ärzte für Aufklärung* und war von Beginn an coronakritisch und bei der Demokratiebewegung dabei. Er ist einer der führenden Ärzte weltweit, die im Grunde die Luft aus der Corona-Lüge gelassen haben. Er wurde mehrfach in Hamburg in seiner Praxis und auch in seiner Wohnung überfallen von uniformierten und bewaffneten Drückerkolonnen des Staates.

U.M.: Sehen Sie mal, etwas zarter besaitete Menschen halten das gar nicht aus. Die sagen: Wo sind wir denn jetzt hier hingekommen?

A.L.: Und andere wiederum scheinen es zu feiern, dass in der BRD wieder so mit Menschen umgegangen wird. Sie attestieren einem Teil der Bevölkerung in Ihrem Text eine besondere Autoritätsgläubigkeit und eine besondere Sehnsucht nach Überwältigung und Unterwerfung. Es gibt ein bekanntes Zitat des italienischen Schriftsteller Ignazio Silone: »Wenn der Faschismus wiederkehrt, wird er nicht sagen: Ich bin der Faschismus. Nein, er wird sagen: Ich bin der Antifaschismus.« Ist das denn tatsächlich so, dass es in Mitteleuropa einen besonderen Anklang findet, sich auf diese Art und Weise gewalttätig kollektivistisch staatlicher und korporatistischer Mächte zu unterwerfen, um deren Willen zu vollstrecken? Ist das in der BRD besonders ausgeprägt?

dhalten: Widerstand?

dakteur Anselm Lenz mit Sozial- und Autoren über ihre Motive berichten, uation zu arrangieren



U.M.: Das scheint so zu sein, Herr Lenz. Das ist ja das wirklich Erschütternde und Gruselige. Dieser Wahnsinn der Autoritätsgläubigkeit und Autoritätshörigkeit scheint sich durch die Jahrhunderte zu ziehen.

A.L.: Muss man in diesem Fall aber nicht entgegenhalten, dass in Deutschland die Demokratiebewegung sehr schnell da und gleich eine der größten weltweit war, während es in Frankreich noch fast ein Jahr gedauert hat? Und muss man dem ewigen Vorwurf, die Deutschen seien autoritätshöriger als andere, nicht auch entgegenhalten, dass das Coronaregime in Australien drastischer ausgeprägt war, ebenso in China, und das Denunziantentum auch in einigen anderen Ländern durchaus vorhanden war? Ist das immer noch so?

U.M.: Das, was Sie hier angesprochen haben, war in der Gesellschaft im Wesentlichen schon angelegt. Das heißt also, die von Mattias Desmet angesprochenen Überzeugungstäter, die Hypnotisierten, wie er sie bezeichnet hat. Doch auch die breite Masse, die den Mund hält und mitläuft, ist ganz wichtig. Sie war auch im traditionellen Faschismus als Trägerschaft unglaublich wichtig, denn die haben damals auch die Augen zugemacht, als der Nachbar abgeholt wurde. Dann haben Sie aber – und das zur Ehrenrettung der Deutschen gesagt – eben auch diese 10, 20 oder vielleicht auch 25 Prozent tatsächlich widerständigen Menschen.

Da stellt sich schon die Frage: Haben die mit der breiten Masse überhaupt noch was zu tun, also mit denjenigen, die als Überzeugungstäter und hypnotisierte Supertäter tätig sind? Gibt es irgendeine Überschneidung mit denen? – Ich glaube nicht. Sie haben natürlich Verwandtschaften, alte Freundschaften – aber die sind ja im Zuge des Coronaregimes zumeist zerbrochen. Dieser Riss geht durch die Gesellschaft. Und da stellt sich die Frage: Können wir aufgrund der Erfahrungen, die das Coronaregime gebracht hat, überhaupt wieder zu einer demokratischen Gesellschaft zusammenfinden? Das ist eine ganz entscheidende Frage. Da habe ich ganz große Zweifel.

A.L.: Müsste die Schuld der Täter nicht zuvor gesühnt werden? Und welche Möglichkeiten gäbe es dafür, um dann auch zur Vergebung und Versöhnung zu gelangen?

U.M.: An diese Frage schließt sich an, ob wir aus den gegenwärtig herrschenden Zuständen überhaupt noch rauskommen können und unter welchen Bedingungen. Das ist eine unglaublich schwierige Frage. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, Herr Lenz: Dass, was hier angerichtet worden ist in dieser Gesellschaft und nach wie vor angerichtet wird, nachdem sie die Coronanummer ausschleifen lassen und jetzt in den großen geopolitischen Krieg überleiten, da ist eine Vergebung gar nicht möglich. Denn die Täter sind ja dieselben. Ohne Entschuldigung, ohne irgendeine Form der rechtlichen Aufarbeitung mit den dazugehörigen Rücktritten – da müssten allein in Deutschland hunderte von Leuten zurücktreten – ohne Verurteilungen der Verantwortlichen, ohne den zu leistenden Schadenersatz, der ja aufgrund der Größe der Dimension faktisch gar nicht möglich ist – es sind ja Billionen-Schäden – und ohne einen strukturellen Umbau der Herrschaftsverhältnisse ist Vergebung aus meiner Sicht nicht möglich.

A.L.: Herr Mies, wir brauchen zum Abschluss noch eine gute Aussicht: Jetzt sind wir teils mit dem Plan für eine gewisse Zeit oder gar für immer wegzubleiben ins Exil gegangen. Was machen wir nun? Was ist die gute Aussicht für Exilanten und Dagebliebene, also Menschen, die sagen, wir kämpfen das hier in unserem Land durch, weil wir so nicht mit uns umgehen lassen?

U.M.: Ich halte es für ganz bedeutsam, sich sowohl im Exil als auch im eigenen Land zusammenzufinden mit denjenigen, die ähnlich gepolt sind wie man selbst. Ohne sozialen Zusammenhalt, den das Coronaregime ja zerstören wollte, kommen wir nicht aus. Da werden wir notorische Sozialkrüppel. Und das machen wir einfach nicht mit. Das lassen wir uns nicht gefallen. Wir stehen nicht zur Verfügung. Und das ist eben auch eine ganz wichtige Aufgabe des Widerstandes: Sich zu öffnen für Menschen, die etwas verstanden haben, diese mitaufzunehmen. Mit der Mehrheit funktioniert das nicht. Aber viele Menschen, die schwanken, aber doch eher zum Widerständigen tendieren, müssen wir versuchen, aufzufangen. Eine ganze Reihe von Menschen ist in die Einsamkeit und in die Vereinsamung abgetaucht. Da müssen sie raus. Das wäre unsere Aufgabe, sie zu aktivieren. Eine generelle positive Botschaft für die Menschen, die ins Ausland gegangen sind, habe ich nicht. Sie müssen dort ihren Platz in der neuen Gesellschaft finden. Der ökonomische Kuchen in diesen Ländern ist natürlich verteilt. Da gibt es je nach Profession völlig unterschiedliche Startmöglichkeiten. Wenn sie das Glück hatten, ein paar hunderttausend Euro in der Tasche mitzunehmen, dann haben sie leichtere Startmöglichkeiten – aber das sind natürlich Binsenweisheiten. Besonders gut wäre die Voraussetzung, wenn sie eine solide handwerklich-technische Ausbildung haben.

A.L.: Herr Mies, wir danke für das Gespräch.

Dieser Text ist ein Auszug aus dem umfangreichen Interview, dass Anselm Lenz mit Ullrich Mies für die Reihe »Im Gespräch« *der unabhängigen Journalisten-Plattform* apolut.net *führte. Dort ist es in Gänze als Video einsehbar.*



Das Letzte – von Anselm Lenz

SEHR GEEHRTE FRAUEN, NICHT MINDER GESCHÄTZTE MÄNNER, LIEBE KINDER!

Ja, es ist soweit: Die DW-Akademie kommt!

Ab dem zweiten Halbjahr 2023 wird es in allen Regionen zu offenen Runden der neuen Medien kommen – zusammen mit »alten Hasen« aus Universitäten, Journalistenschulen aus dem In- und Ausland, Bürgerjournalisten – und vielen, vielen Medienrezipienten und freien Kommentatoren des Internets.

Dies jeweils als Angebot vor, während oder nach der Demonstrationen der neuen Friedens- und Demokratiebewegung seit dreieinhalb Jahren. Es ist Zeit, Tribut zu zollen, die Ehre zu erweisen, anzuerkennen, gemeinsam zu gehen, zu verstehen und unsere Republik zu erneuern!

DIE BUNDESWEITEN
FREE-JULIAN-ASSANGE-RUNDEN!

Wenn Sie bei der ersten Runde mit uns und weiteren am 5. August 2023 kostenlos in Berlin dabei sein wollen, melden Sie sich doch gern unter akademie@demokratischerwiderstand.de, Betreff »Free Assange«! Wenn Sie E-Mail nicht benutzen: Wir teilen Ihnen in der kommenden Ausgabe den Ort unserer ersten Free-Assange-Runde am 5. August in Berlin mit. Als DW-Abonnent haben Sie freien Zutritt!

Es ist an der Zeit, ins Gespräch darüber zu kommen, was geschah, was geschieht – und vor allem darüber, wie wir in Frieden und Freiheit mit sozialem Ausgleich – hier, in unser aller Land – leben wollen. Denn unsere Zukunft liegt in Deutschland. Unsere Akademien mit dem Untertitel Free-Julian-Assange-Runden werden nicht nur aus Spaß an der Freud' stattfinden (aber auch), sondern sie werden das Ziel unserer friedlichen Neuverständigung als konkrete Möglichkeit nach Artikel 146 beinhalten.



Frei für alle DW-Abonnenten: Die DW-Akademie kommt! Erste Free-Julian-Assange-Runde am 5. August 2023 in Berlin. Für Nicht-Abonnenten: Mehr durch Anmeldung an *akademie@demokratischerwiderstand.de!*

NICHT OHNE UNS!

Mit Stolz sagen wir vom DW: »Ohne uns – die Straße – ginge das alles gar nicht. Wir sind seit 3,5 Jahren vorn, wir sind viele und wir sind voll dabei!« Wie immer werden wir selbst uns als DW-Macher aber weitgehend zurücknehmen.

Es gab einen Mann namens John Swinton, bereits vor langer Zeit Chefredakteur und Herausgeber der New York Times. Am Ende seines jahrzehntelangen Berufslebens als Journalist gestand Swinton ein: »Soetwas wie die freie Presse gibt es nicht. Wir sind hier als Journalisten nichts als intellektuelle Prostituierte! Wir sind Werkzeuge reicher Männer hinter den Kulissen…«

Wir nicht! Wir machen nur weiter, wenn wir unabhängig bleiben können. – Ich grüße Sie herzlich, hochachtungsvoll und mit Dank für Ihr Interesse als Leser, für Ihr Engagement für Aufklärung und freie Presse und für Ihre Unterstützung dieser Zeitung (siehe Seiten 2 und 16),

Anselm Lenz
Journalist, Verleger,
zum Newsletter per *NichtOhneUns.de*



Am 20. Juli 1789 versammelten sich die Revolutionäre – darunter Konservative, Liberale, Demokraten, Sozialisten – im Pariser Ballhaus, also einer Sporthalle. Sie schworen alle einen Eid: Nicht mehr auseinander zu gehen, bis die republikanische Verfassung eingesetzt und wirksam ist. Der Ballhausschwur hier in der bekanntesten Darstellung Jacques-Louis Davids: »Le Serment du Jeu de Paume«, farbige Ölmalerei aus den Jahren 1790 bis 1792, Studie auf 101,2 auf 66 Centimeter, heute im Museum Carnavalet, Paris. Foto: CC.

Von der französischen Revolution

Die frankreichweite Revolte ist abgeflaut. Aber unter der Oberfläche brodelt es weiter. Kann sich die fünfte französische Republik noch halten?

DW-BERICHT und AUFARBEITUNG in mehreren Teilen von Anselm Lenz aus Clermont Ferrand und Berlin

Es waren weltweit ereignisreiche Tage. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hatte am 21. Juni 2023 entschieden, dass das Demonstrationsverbot gegen die Corona-Maßnahmen verfassungswidrig war. Ein juristischer Dammbruch. Millionen Demokraten in der BRD stehen nun Entschädigungen, Entschuldigungen und öffentliche Rehabilitierung zu.

»Wir haben auf allen Ebenen gesiegt!«, schallte es durch unsere Redaktionsräume in Berlin. Punkt 1 des 5-Punkte-Planes der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020 ist damit auch verfassungsjuristisch erreicht (vgl. Seite 2). Ende Juni, überhitzte Redaktionsräume und alle im Durchführungsteam sind versammelt: »Yeah! Qui! Jawollja!«

Am 25. Juni meldet das Auslandsressort: Der Aufstand der Wagner-Söldner gegen Moskau ist vorüber. DW berichtete über alle diese Themen. In Deutschland schwellen die Proteste gegen den US-Kriegsstützpunkt in Ramstein bei Kaiserslautern an. Zeitgleich wird die Popmusik-Megaseller-Gruselshow – die Band »Rammstein« – mit merkwürdigen Unterstellungen überzogen: Sex and Crime. Es scheint, als würden Poesie und Wirklichkeit in eins fallen: Ins Absurde! Die Welt – vor allem Berufspolitik, Staatsapparat, Medienkonzerne und deren Fans – sind seit 3,5 Jahren verrückt, wie auf einem Massen-LSD-Trip.

Weniger regenbogenfarben als diese privilegierten Latte-Macchiato-*Fake*-Linken blicken die Armen und Abgedrängten der Fünften Republik in Frankreich in die sie umgebende Welt. Seit vielen Jahren steht das Mutterland der modernen demokratischen Republiken vor einer erneuten Revolution – und zwar gegen die Diktatur der Großbanken und Megakonzerne. Sie höhlten Demokratie, Sozialstaat, Arbeit und Ertrag im Zuge der Neoliberalen Epoche geplant aus.

Ich arbeite zum Thema der Neoliberalen Epoche und deren Ende konkret seit 2007, dem Jahr des Beginns des Zusammenbruchs des Leitmodells US-Finanzmarktkapitalismus, und später seit dem Literaturstück »Marat/Sade« von Peter Weiss in der Regie des früheren Theaterregisseurs und Sozialaktivisten Volker Lösch am Deutschen Schauspielhaus in Hamburg. Wesentlich für die Arbeit an der Dramaturgie des Stückes: Die Literatur der mittlerweile weltberühmten französischen Autorengruppe »Unsichtbares Komitee«, die ich später unter anderem als deren Mit-Übersetzer und Verleger der deutschen Originalübersetzung ihres aktuellen Werkes kennenlernen würde (»Das konspirationistische Manifest«, S&L 2023).

KEIN THEATER, ABSURDE WIRKLICHKEIT

Die Themen des Ausgangswerkes »Der kommende Aufstand« (*L'Insurrection qui vient*) aus dem Jahr 2007 sind einerseits die Folgen des gewollten Zerfalls des europäischen Sozialstaatsmodells am Beispiel Frankreichs. Andererseits die radikal libertäre Ablehnung dessen, was wir gemeinhin Zivilisation nennen. Der BRD-Staat subsumiert die Strömung als »Selbstverwalter«. Es sind Anarchisten, also Teilnehmer einer konkreten politischen Strömung mit bald 200 Jahren Literatur, Theorie und Praxis, bis hin zur (allerdings umstrittenen) Übernahme von Ministerämtern im Zuge des Spanischen Republik gegen die Franco-Diktatur.

Der Anarchismus des »Unsichtbaren Komitees« greift den Slogan »Keine Macht für niemand« auf, lehnt dabei aber dessen neurotischen Verballhornungen ab. Die abzuschaffende Macht beginnt demnach nicht, wenn einer etwas besser kann oder gerade etwas mehr hat, sondern bei konkreter, messbarer und systematischer Gewalt. Staatsgewalt und Konzerne werden abgelehnt.

Wie zu dem Ziel von Frieden und Freiheit gelangt werden soll, bleibt gewolltermaßen unscharf. Das Ziel soll jedenfalls nicht durch autoritär durchgreifende Staatspolitik erreicht werden. Die üblichen Schemata der »Grünen« und der Parteisozialisten- und -kommunisten werden abgelehnt. Der Aufstand scheint als

Fortsetzung auf Seite 15

Neu! VERANSTALTUNGSKALENDER

01.07.-31.08.2023 • Berlin; unterschiedliche Orte und Zeiten • DJEMBE KURS • «Resonanz und Rhythmus für den Fluss des Lebens« Ali Wagner gibt Trommelkurse in der Gruppe ab Juni 2023 • 10€ pro Person pro Stunde • Information und Anmeldung unter 01520 6585133, wichowaka@outlook.de

14.-16.07.2023 • Stechlin-Menz; Buddhistisches Institut Karma Tengyal Ling, Neuruppiner Str. 6, 16775 Stechlin-Menz • FEST • »Frieden, Freiheit, Freude und Selbstbestimmung« organisiert von Markus Hoffmann • Anmeldung erforderlich bei: fest-im-norden@oberhavel-steht-auf.de • weitere Informationen unter oberhavel-steht-auf.de/fest-im-norden

24.-26.07.2023 • Braunbedra; Zentralwerkstatt Pfännerhall, Grubenweg 4, 06242 Braunsbedra • SOMMERFEST • Veranstalter ist NuoViso • Tickets: 139€ und weitere Informationen unter nuovisoshop.de

26.-30.07.2023 • Friesack; Freilichtbühne, Vietznitzer Str.14, 14662 Friesack • FESTIVAL • »Pax Terra Musica 2023« • Tickets und Informationen unter pax-terra-musica.de

26.7.2023 • Weiden (i.d.OPf); Lebensfreiraum, Spielbergerstr. 92727 Waldthurn • VORTRAG, WORKSHOP • »Selbstbestimmte Bildung für ein selbstbestimmtes Leben« von dieBasis, KV Weiden Tomas Langhorst, AG Bildung • 17:45 Uhr • Eintritt frei

28.07.2023 • Würzburg; Restaurant 'Zur Feggrube', Heiner Dikreiter Weg 1, 97074 Würzburg • VORTRAG, WORKSHOP • »Selbstbestimmte Bildung für ein selbstbestimmtes Leben« von dieBasis, KV Würzburg mit Tomas Langhorst, AG Bildung • 18:30 Uhr • Eintritt frei

22.08.2023 • Bad Zwischenahn; Forum Schulzentrum, Humboldtstr. 1 • VORTRAG • »Nur durch Frieden bewahren wir uns selber« von und mit Dr. Eugen Drewermann • 19:00 Uhr • Tickets vor Ort 15€, für Schüler Eintritt frei • weitere Informationen unter seistolzaufdich.de/eugen-drewermann-vortrag

01.-03.09.2023 • Weimar; historisches Schießhaus, Johann-Heinrich-Gentzplatz 1, 99423 Weimar • FESTIVAL • »Musik & Wort in Weimar« mit Martina Gebhardt-Quartett, Votum, Lauschkonzert, Ulrike Guérot & Gabriele Gysi, Hans-Joachim Maas, Jens Fischer-Rodrian, Uli Masuth und vielen anderen Künstlern • Beginn 19:00 Uhr • Tickets unter: dasfestival.eu

23.09.2023 • Templin; Seniorenlandsitz „An der Buschheide", Dargersdorfer Str. 123, 17268 Templin • VORTRAG • »Nur durch Frieden bewahren wir uns selber. Die Bergpredigt in der Zeitenwende« von und mit Dr. Eugen Drewermann • 19:00 Uhr, Einlass ab 17:15 Uhr • Voranmeldung in Form einer Überweisung von mindestens 5€ auf das Konto des FEBiD e.V., Volksbank Uckermark GENODEF1PZ1, IBAN: DE59 1509 1704 0121 8687 09

25.09.2023 • Bad Dürkheim; Salierhalle, Kurbrunnenstr. 32, 67098 Bad Dürkheim • VORTRAG • »Krisen-Tsunami« von Ernst Wolff • 19:00 Uhr, Einlass ab !8:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



AUSWANDERN ODER STANDHALTEN
Politisches Exil oder Widerstand
Ullrich Mies (Hg.)
Blue Tiger Media
ISBN: 978-9493262195



LAND OHNE MUT
Eine Anleitung für die Rückkehr zu Wissenschaft und Rechtsordnung
Michael Esfeld
Achgut-Edition
ISBN: 978-3982277165



LÜGEN, LÜGEN; LÜGEN

Flo Osrainik
Rubikon-Verlag
ISBN: 978-3967890389



CHRONIK EINER ABRECHNUNG

Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3982274577



KRIEGSPROPAGANDA UND MEDIENMANIPULATION
Was Sie wissen sollten, ums sich nicht täuschen zu lassen
Christian Hardinghaus
Europa-Verlag
ISBN: 978-3-95890-563-4



HAUPTSACHE PANIK
Ein neuer Blick auf Pandemien in Europa

Gerd und Renate Reuther
Engelsdorfer-Verlag
ISBN: 978-3-96940-485-0



PUTIN – HERRSCHER DES GESCHEHENS?

Jacques Baud
Westend-Verlag
ISBN: 978-3-86489-426-8



WENN'S KEINER SAGT, SAG ICH'S

Milosz Matuschek
Fiftyfifty-Verlag
ISBN: 978-3-946778-36-3



DIE CORONA-LITANEI
Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens

Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3982274584



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.
Anonym

Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1

Fortsetzung von Seite 14

romantisch-situationistisches Moment der Befreiung selbst auf.

Wichtig: Es handelt sich um weltweit anerkannte, auf höchstem literarischen Niveau elaborierte und dabei noch gut verständliche Prosa. Es handelt sich nicht um die gekommenen Aufstände selbst. (Bei den »Hochbegabten« im BRD-Staatsapparat der Gegenwart muss man das ja mittlerweile leider sogar in Feuilleton-Artikeln wie diesem klarstellen.)

Und so kommen wir mit einem entschiedenen Abschnittswechsel zum Französischen Bürgerkrieg. Denn das Eine ist Literatur, die uns das Verständnis der Welt aufschließen kann. Das andere ist das stattfindende Ereignis. Bürgerkrieg? So muss man das, was sich ab 27. Juni 2023 in ganz Frankreich entfaltete, wohl leider nennen, wie auch der europaweit bekannte Journalist und Medienentwickler Kayvan Soufi-Siavash analysierte. Die Konfliktlinie: Staat und Konzerne einerseits, das französische Staatsvolk andererseits. Es sind Franzosen, die in den »Bildern, die wir gesehen haben« zu Werke gehen.

KOMMANDO: »SCHIESS!«

Warum? Am 27. Juni erschießen französische Motorradpolizisten mit einer Maschinenpistole den minderjährigen Nahel M. in der Pariser Vorstadt Nanterre (Titel #DW139). Zunächst behaupten die Behörden, der junge Mann habe versucht, die Polizisten »zu überfahren«. Dann verbreitet sich das Video eines Bürgerjournalisten, das die Ermordung Nahel M.s dokumentiert. Es ist sogar das Kommando des einen Inlandssöldners der Regierung an den anderen zu hören: »Schieß!«. Inwiefern sich Nahel M. zuvor im Straßenverkehr fehlverhalten haben könnte, ist in den Folgetagen und noch anhaltend Gegenstand der Diskussion. Klar ist, er hatte keine gültige Fahrerlaubnis. Sogar der Präsident und umstrittene Bankenlobbyist Macron sah sich am Tag der Ermordung Nahel M.s zu Beschwichtigungsadressen genötigt, nachdem sich das Beweisvideo des Bürgerjournalisten verbreitet hatte: »Es ist [auch Polizisten] nicht erlaubt, Jugendliche zu töten.« Ganz gleich, wie schwer die Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung sind.

Die Empörung über die neuerliche Polizeigewalt ist ein Auslöser, nicht der Grund der nun kommenden Aufstände. Sie verbreitet sich im Land wie ein Lauffeuer. Bei den extrem erruptiven Protesten wirkt sie landesweit und strömungsübergreifend. Der Staat ist viel zu weit gegangen. Der Aufstand kommt »von unten«. Frankreich steht seit vielen Jahren vor der, nach Meinung vieler, wohl nur gewaltsam möglichen Revolution durch das Volk gegen Nato, EU, Amerikanisierung, EZB, Weltbank, Konzerne, Überwachung, Verarmung und Polizeistaat. Eine erste Spontandemonstration strömt auf den Platz der Republik in der Täterstadt Nanterre vor den Toren von Paris.

Ab der Nacht von 27. Juni auf 28. Juni ist Frankreich dann außer Rand und Band. Massive Aufstände in mehreren Ortschaften um Paris. Auch Kleinstädte und Ortschaften wie Aulnay-sous-Bois, Toulouse, Nanterre, Viry-Châtillon stehen im ganzen Land Kopf. Das Wort macht weltweit die Runde, nicht nur unter den Revolutionsromantikern unter den Komitee-Lesern oder Marat-Theatergängern, sondern in aller Ernsthaftigkeit: »Ist das endlich die Revolution?« Weiterlesen in #DW141



KULTURKAMPF MIT MESSER

KOLUMNE MEDIEN

von Prof. Michael Meyen

Die Medienwelt kommt in Bewegung: Seit knapp zehn Tagen ist *Nius* online. Das Portal lockt mit Prominenz und mit dem Versprechen, die »Stimme der Mehrheit« zu sein oder zu werden. Das Geld kommt von einem Milliardär.

Die Seite sieht gut aus, keine Frage. Logo, Farben, Schrift: Alles wirkt aufgeräumt und ausgesprochen seriös. Es gibt »Nachrichten« und »*Shows*« – *Achtung, Reichelt!* zum Beispiel oder *Schuler! Fragen was ist* aus dem Erbe der *Bildzeitung*. Die *Talkshow Stimmt!* wirkt ein wenig wie die Sendung *Viertel nach Acht*, und Jan Fleischhauer soll eine *Late-Night*-Sendung bekommen.

Wem die Namen nichts sagen, der schaue einfach auf die Inhalte. Als ich diese Zeilen schreibe, stehen bei *Nius* zwei Messerangriffe ganz oben (in Dresden und in Bad Hönningen) sowie eine Miss-Wahl, die von einem Mann gewonnen wurde (in den Niederlanden). Außerdem geht es um Oliver Pocher, Angriffe auf Abi-Feiern, den »Kulturkampf gegen das Auto« und um eine Supermarktkette, die den Verkauf von Messern stoppt (wieder in den Niederlanden).

»Niemand versteht die Lebensrealität, den Alltag, die Freuden und Sorgen, die Nöte und Hoffnungen« der Menschen besser, verspricht der Chefredakteur. »Uns kümmert, was die Menschen kümmert.« Er beruft sich dabei auf eine Umfrage, bei der jeweils knapp die Hälfte der Deutschen gesagt hat, das Land sei »nicht mehr demokratisch« und habe »keine Meinungsfreiheit« mehr. *Nius* wird es richten.

Die *DW*-Leser wissen, dass es nicht so einfach ist. Die Öffentlichkeit ist fest im Würgegriff von Digitalkonzernstaat und Parteien. Die großen Zeitungen? Fast durch die Bank bei Familien mit sehr viel Geld. Die Plattformen? Nun ja. Und der Teil des Rundfunks, den wir finanzieren müssen? Puh.

Nius passt in dieses Bild. Frank Gotthardt, der Investor, steht in der Liste der 500 reichsten Deutschen und ist jemand in der CDU. Ich habe mich immer ein wenig amüsiert, wenn ich nach *Servus TV* gefragt wurde. Meine Antwort: ganz gut, sicher. Wir sollten uns aber nicht den Launen von Milliardären überlassen. Jetzt ist Dietrich Mateschitz tot und sein Kanal verschwindet. Guter Journalismus wird uns nicht von oben geschenkt. Den müssen wir schon selbst machen.

Michael Meyen, geboren 1967 auf Rügen, ist Diplom-Journalist und Professor für Kommunikationswissenschaft in München.



SPORT MIT BERTHOLD

BANDA: EIN MANN IM FRAUENFUSSBALL?

Sambias Frauenfußballnationalspielerin Barbra Banda erzielte gegen die deutsche Fußballnationalmannschaft der Frauen zuletzt zwei Tore und bereitete eines vor. Der Endstand des Freundschaftsspiels der Frauen am 7. Juli im Sportpark Ronhof in Fürth: 3:2 für Sambia.

Bereits vor dem Spiel waren Bandas Testosteronwerte Anlass, sie von Wettbewerben auszuschließen. Es wird von mehreren Sportkommentatoren angenommen, dass Barbra Banda biologisch möglicherweise ein Mann ist, also von Geburt an einen Penis und Hoden habe. Das wurde auch in der *ARD*-Sportschau *online* in den Raum gestellt.

Da ich den Frauenfußball aber nicht verfolge, kann ich wenig Weiteres dazu sagen. Ich habe mir auf einen Hinweis hin Bilder von ihr/ihm/es angeschaut. Gesicht und Körperbau lassen in der Tat vermuten, dass es sich um eine sogenannte Transfrau handelt, also um einen gebürtigen Mann, der sich durch Hormonbehandlung und möglicherweise durch drastische operative Eingriffe am eigenen Körper nun als Frau in die Welt stellt – und auf den Platz.

KLARE HALTUNG GEFRAGT

Das alles wird im Falle Bandas bereits weltweit diskutiert. Wenn dem wirklich so wäre, dass Barbra Banda ein Mann ist, muss man dazu anmerken, dass die Sportverbände bezüglich der Startgenehmigungen politisch beeinflusst werden. Ein Jahr Hormontherapie kann nie und nimmer die körperlichen Vorteile eines umgebauten Mannes ausgleichen. So steht es, soweit ich weiß, beim IOC zu lesen. Wir reden hier übrigens von 0,003 Prozent der Bevölkerung.

Für mich gibt es dazu nur eine logische Schlussfolgerung: Transfrauen/-männer sollten unter sich Sport treiben. Männer, die als Transfrau an internationalen Frauenwettbewerben teilnehmen wollen, haben auf Grund der Vorteilsnahme da nichts zu suchen. Fertig aus! Das sehen viele kluge Frauen übrigens auch so. Die wollen ihren Sport als Frauen unter Frauen ausüben und auch nicht ständig im Verdacht stehen, sie könnten womöglich umgerüstete Männer sein, falls sie antrittsstark sind, hoch gewachsen oder scharf geschnittene Gesichter haben.

Dieser ganze Genderwahnsinn muss sofort aufhören und der Sport ist gut beraten, wenn er dazu eine klare Haltung hat. Der Weltfußballverband FIFA verlangt aber keine Geschlechtsprüfung und überlässt das Thema den nationalen Verbänden.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

AUCH DIE TOTEN WERDEN VOR DEM FEIND, WENN ER SIEGT, NICHT SICHER SEIN.
WALTER BENJAMIN

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*